

Besondere Lernleistung

Thema:

„Schülervertretung auf nationaler Ebene
im gesellschaftlichen Kontext“

Verfasser: Le Tu Duc

Interne Betreuerin : Frau Heinze

Externe Betreuerin: Frau Triquart

Bearbeitungszeit: Oktober 1999- Januar 2001

Abgabetermin: 19.01.2001

Gliederung

0. Abkürzungsverzeichnis	4
1. Vorwort	6
2. Geschichte der Schülervertretungen	8
2.1. Allgemeine Schülervertretung	8
2.2. BundesschülerInnenvertretung	10
2.3. Landesschülerrat Sachsen	15
3. Rechtlicher Rahmen und Struktur	25
3.1. Die Sonderfälle	25
3.2. Art der LSV	27
3.3. Rechtlicher Rahmen und finanzielle Unterstützung	27
3.4. Struktur	29
4. Inhaltliche Unterschiede zwischen LSV-en	31
4.1. Gemäßigter Flügel	32
4.2. Progressiver Flügel	33
4.3. Allgemeinpolitisches Mandat	36
4.4. Abschaffung der Noten	36
4.5. Hochschulzugang	37
4.6. Das Schulsystem	40
4.7. Die Quote	40
4.8. Gründe für die Unterschiedlichkeiten	42
5. Schülervertretung im gesellschaftlichen Kontext	45
5.1. Geschichte der SV im gesellschaftlichen Kontext	45
5.2. Ursachen der mangelnden Beteiligung	48
5.2.1. Das fehlende Feindbild	48
5.2.2. Die Friedseligkeit der menschlichen Natur	49
5.2.3. Mangelndes Selbstbewusstsein, Selbstverteidigung des Systems	50
5.2.4. Egoismus, Nutzen-Aufwand-Rechnung	52
5.2.5. Anderweitige Verpflichtungen	54
5.2.6. Desinteresse an politischen Spielregeln	56
5.2.7. Kontinuitätsmangel	57
5.3. Zusammenfassung und Lösungsvorschläge	58

5.4. Anmerkungen	62
6. Erfolge der Schülervertretungsarbeit	63
6.1. Politische Erfolge	63
6.1.1. Schülerentscheide	63
6.1.2. Pressemitteilungen	64
6.1.3. Seminare und Tagungen	64
6.1.4. Demonstrationen	66
6.1.5. Einfluss auf politische Entscheidungen	66
6.1.6. Weitere Beispiele	67
6.2. persönliche Erfolge	68
7. Zusammenfassung	72
8. Literaturverzeichnis	74
9. Materialien	75
9.1. Interview mit Bernd Beber	75
9.2. Interview mit Sebastian Gräfe, Stephan Schlegel und Jana Lippmann	79
9.3. Bell-Bögen	85

0. Abkürzungsverzeichnis

Bell-	besondere Lernleistung
Bell-Bogen-	zur Unterstützung dieser Arbeit angefertigter Fragebogen für Landesschülervertretungen
LSV-(en)-	Landesschülervertretung(en)
SV- (en)-	Schülervertretung(en)
BSV-	BundesschülerInnenvertretung
LSR-	Landesschülerrat
DKP-	Deutsche Kommunistische Partei
SDAJ-	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
DJD-	Deutsche Jungdemokraten
BDK-	Bundesdelegiertenkonferenz
GEW-	Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
OBESSU-	Organizing Bureau of European School Student Unions (europäische Schülervertretungsorganisation)
EOS-	erweiterte Oberschule
POS-	polytechnische Oberschule
LaVo-	Landesvorstand
LDK -	Landesdelegiertenkonferenz
SSR-	Stadtschülerrat
NRW-	Nordrhein- Westfalen
MV-	Mecklenburg- Vorpommern
SMV-	Schülermitverantwortung
LKA-	Landeskriminalamt
Sek.1/2-	Sekundarstufe 1/2

IGS-	integrierte Gesamtschule
Antifa-	Antifaschismus
CVJM-	Christlicher Verein Junger Menschen
GO-	Geschäftsordnung
KMK-	Kultusministerkonferenz
JD/JL-	JungdemokratInnen/ Junge Linke
SMK-	Sächsisches Staatsministerium für Kultus
LER-	Landeselternrat

1. Vorwort

Da die Schülervertretungsarbeit aufgrund meiner zahlreichen Ämter im Schülerrat in den letzten Jahren ein wesentlicher und sehr wichtiger Bestandteil meines alltäglichen Lebens geworden ist, fiel mir die Wahl dieses Themas für meine Besondere Lernleistung nicht besonders schwer. Wenn man derartige Rahmenbedingungen erhält, ein Thema zu Papier zu bringen, mit dem man sich fast täglich und leidenschaftlich beschäftigt, dann sollte dies nicht ungenutzt bleiben.

Unter dem Thema Schülervertretung können sich sicherlich die meisten nicht viel vorstellen, schon gar nicht eine gute Bell. Der Schülerrat wird von vielen als alltägliche Banalität angesehen, in dem sich Postenjäger, Wichtigtuer oder einfach Leute, die nichts mit Ihrer Freizeit anzufangen wissen, richtig ausleben können und der am Ende doch nichts erreicht. Mein Ziel besteht darin, mit diesen oberflächlichen Vorurteilen aufzuräumen, die gesamte Bandbreite, Tiefe und auch Faszination eines Themas zu zeigen, das bisher stark vernachlässigt wurde und über dessen Charakter und Wesen kaum Publikationen existieren.

Bandbreite, indem alle Ebenen der Schülervertretung, vom Klassensprecher angefangen bis hin zu OBESSU, die europäische Schülervertretung, betrachtet werden.

Tiefe, indem die Schülervertretungsarbeit mit ihren Problemen und Zielen nicht nur einfach beschrieben, sondern diese auch erörtert werden und der Frage nachgegangen wird, inwieweit die auftretenden Probleme auf die Gesellschaft zurückzuführen sind- Ist die Schülervertretung mehr als nur „Sandkastenpolitik“?

Unterscheiden wird sich diese Bell von den meisten anderen dadurch, dass sie hauptsächlich auf eigenen Erfahrungen beruht. Sie ist eine Pionierarbeit auf diesem Gebiet, meiner Erfahrung nach existiert keine vergleichbare Arbeit, und keine Zusammenfassung vorhandener

Ergebnisse. Die hierfür notwendigen Erfahrungen wurden im Laufe der letzten zwei ein halb Jahre durch meine aktive Tätigkeit auf allen Ebenen der Schülerversretung gesammelt. Eine Auflistung aller Ämter ist unten angegeben, nicht um wichtig zu erscheinen, sondern um die von mir beanspruchte Kompetenz zu rechtfertigen.

Erschwert wird die Realisierung dieser Arbeit durch die Tatsache, dass die Schülerversretungsarbeit immer sehr stark personengebunden ist und mit jedem Personalwechsel wertvolle Dokumente und Informationen verloren gegangen sind. Daher ist eine lückenlose Erstellung der Chroniken fast unmöglich.

Die wichtigste Unterstützung bei dieser Arbeit ist der „Bell-Bogen“, dieser Fragebogen wurde vom Großteil der Landesschülerversretungen ausgefüllt, bezieht sich auf deren Arbeit und ist die Untermauerung der von mir aufgestellten Thesen. Weiterhin werde ich mich auf geführte Gespräche, Interviews, Protokolle von Schülerseminaren und Publikationen über das Thema berufen.

Soweit das Vorwort, jetzt beginnt die wissenschaftliche Arbeit.

Le Tu Duc

Schülersprecher 1998/99

Vorsitzender des Stadtschülerrates Chemnitz 1999/2000

Landesvorstandsmitglied Sachsen 1999

Mitglied des Länderrates seit Oktober 1999

Verantwortlicher für internationale Angelegenheiten seit Juni 2000

3. Geschichte der Schülervertretungen

3.1. allgemeine Schülervertretung

Erste Ansätze eines Mitspracherechtes für Schüler finden sich bereits um die Jahrhundertwende an einzelnen Schulen. Im Zuge der Weimarer Verfassung erschien im November/Dezember 1918 erstmals eine Verordnung über die Einrichtung der Schüler-Selbstverwaltung mit einem Berater (Vertrauenslehrer) und des Schülersausschusses.(Klassensprecherversammlung) Diese Institution sollte über alle schülerrelevanten Themen unterrichtet werden und wurde mit leichten Verwaltungsaufgaben betraut. Vorrangig diente die Schüler-Selbstverwaltung der Ausprägung staatsbürgerlicher Eigenschaften: Gehorsam, Dienstbereitschaft und soziales Verständnis. Mit dem Zerfall der Demokratie ist auch die Schüler-Selbstverwaltung zugrunde gerichtet worden. Einzig in der „Hitler Jugend“ hatten Jugendliche im Dritten Reich die Möglichkeit, sich zu engagieren.

Wiederbelebt wurde die SV erst nach dem Ende der Nazidiktatur und der sich wieder etablierenden Demokratie. Zu dieser Zeit verfügt die SV über mehr Kompetenzen als 1918, da das erklärte Ziel Erziehung zu staatsbürgerlicher Verantwortung und demokratischer Lebensweise lautete. Ihre Rolle geht aber über das Erlernen formaldemokratischer Prinzipien (Wahlen, Diskussion), Veranstaltung von Schulfesten und Aufrechterhaltung der Schulordnung noch nicht hinaus. Deshalb kamen abwertende Bemerkungen wie „Schüler-Milch-Verantwortung“ oder „Lehrerhilfskompanie“ immer wieder auf.

Als wirkliche Interessensvertretung und Schüleropposition etablierten sich die SV-en erst mit Beginn der Studentenunruhen um das Jahr 1966. Obwohl der Schwerpunkt der 68-er Bewegungen bei den

Studenten lag, blieben Schüler und Schulen natürlich nicht gänzlich unberührt von diesen geistigen Strömungen. Forderungen nach einer Demokratisierung der Gesellschaft ergriffen auch den Bereich der Schule. Schüler begannen sich an Schulen, später auch auf höheren Ebenen (Kommune, Land), zusammen zu schließen und ihre Vorstellungen von der Schule aufzustellen und einzufordern. Durch Demonstrationen und anderen Protestaktionen wurde diesen Forderungen Nachdruck verliehen. Als eine Folge dieser geistigen Strömungen lässt sich die Etablierung zahlreicher LSV-en wie in Hamburg, Hessen, Niedersachsen oder Bremen feststellen. Außerdem erhielten Schülervvertretungen Zutritt zu Bereichen, die ihnen bisher verwehrt worden waren, wie etwa die Teilnahme an Konferenzen zu Bildungsfragen auf allen Ebenen, so dass sie sich immer mehr zu einem Sprachrohr der Schüler entwickelten. Den radikalen Charakter und das Gedankengut aus dieser Zeit haben einige Schülervvertretungen bis heute beibehalten.

Nach und nach wurden die bis dahin inoffiziell agierenden SV-en von den Landesregierungen anerkannt und ihr Dasein im Gesetzbuch verankert. Allerdings wurde dieses Ziel nicht überall erreicht. Rheinland-Pfalz erhielt erst in den 80-er Jahren nach harten Auseinandersetzungen eine demokratische LandeschülerInnenvertretung, Bayern erkannte zwar SV-en auf Schul- und lokaler Ebene an, nicht aber auf Landesebene. Eigeninitiative ergreifend wurde in Bayern 1983 die LSV als Zusammenschluss aller Bezirksschülersprecher gegründet, die aber nur den Status eines Vereines inne hat. Ebenfalls aus der Eigeninitiative heraus entstand ein Jahr später, 1984, die BundeschülerInnenvertretung durch ein Bündnis mehrerer LSV-en in Zusammenarbeit mit politischen Jugendverbänden.

Dagegen war die Schülerschaft im Ostteil Deutschlands in straffen Pionierverbänden organisiert, deren Hauptziel in der politischen Schulung der Schülerschaft bestand. Nach demokratischem Prinzip wurde dabei nicht vorgegangen, statt dessen wurden die Klassen-

sprecher nach schulischen Leistungen und „Vorbildfunktion“ ausgesucht.

Erst nach dem Fall der Mauer und der damit verbundenen starken Demokratiebewegung wurden auch in Ostdeutschland demokratisch Klassen- und Schülersprecher gewählt. Auffallend bei diesem Übergang ist die hohe Anzahl der ehemaligen Pionierfunktionäre, welche auch Ämter in den neu entstandenen SV-en übernahmen und teilweise später sogar eine entscheidende Rolle spielen sollten. Unter anderem kamen Andreas Karsten, einer der Gründer der LSV Brandenburg, oder Peter Hartig, Vorstandsmitglied der BSV, direkt aus dem Pionierkader.

Schülervvertretungen auf allen Ebenen erhielten recht zügig eine gesetzliche Anerkennung, nicht zuletzt auf Grund der Übernahme von vorhandenen westdeutsche Landesverfassungen.

Eine richtig zusammenhängende Struktur aller einzelnen SV-en wurde damals teilweise oktroyiert. Denn mit der Verabschiedung der Landesverfassungen (Sachsen: 1992) versuchte man dieser auch gerecht zu werden und berief landesweite Schülerkonferenzen ein. Von diesen aus wurde der Aufbau der Kreis- und Stadtschülerräte voran getrieben und gesteuert. Andererseits kamen Initiativen auch direkt aus der Basis, wie am Beispiel Sachsen zu erkennen ist, die bereits eine landesweite Struktur ins Leben riefen. Aber nicht in jedem neuen Bundesland verlief die Entwicklung kontinuierlich, der LSR MV wurde erst 1997 als Ergebnis eines Seminars wieder aufgebaut, nachdem sie bereits 1991 gegründet wurde, aber schon 1992 aufgrund von Inaktivität wieder spurlos unterging.

2.2. BundesschülerInnenvertretung (BSV)

Die ersten Bundestagungen von Vertretern der Schülermitverantwortung wurden bereits in den Sechziger organisiert. Ein erster zaghafter Versuch einer einheitlich und dauerhaft agierenden Bundesschülervertretung konnte mit der Gründung der

Konferenz der Landesschülervertretungen Mitte der Siebziger verzeichnet werden. In der Anfangszeit blieb das Hauptthema der Arbeit allerdings auf den Informationsaustausch beschränkt. Erst die Bildung der großen Bündnisse der Friedensbewegung und vor allem Dingen die teilweise Streichung des Schüler-Bafögs 1981 und die vollständige Streichung durch die Regierung Kohl 1982 intensivierte die Zusammenarbeit der Landesschülervertretungen. Als Folge dieser Ereignisse wurde die BSV am 24./25. März 1984 in Köln von rund 400 anwesenden Delegierten von 9 Landesschülervertretungen gegründet. Wegbereiter dieser ersten Bundesdelegiertenkonferenz war ein kurz zuvor durchgeführter Bundesschülerkongress, an dem etwa 500 SchülerInnen teilnahmen und welcher die zukünftigen Arbeitsinhalte der BSV festlegte. Man einigte sich weiterhin auf die Struktur des zukünftigen Verbandes, als Organe der BSV wurden der Bundesausschuss (BuA), in der jedes Bundesland mit 2 Delegierten vertreten ist, der Bundesvorstand (BuVo), bestehend aus sieben von der BDK gewählten Mitgliedern, und der SprecherInnenkreis (SpK), mit drei, später vier vom BuA gewählten Vertretern, geschaffen.

Die Geburt der BSV stand von Anfang an politisch gesehen unter einem ungünstigen Stern.

Denn eine offizielle Anerkennung von Seiten der Bundesregierung und der Kultusministerien ist bis zum heutigen Zeitpunkt nicht gegeben. Sie verweisen immer wieder auf die Länderhoheit in bildungspolitischen Fragen und lehnen damit jegliche Verantwortung des Bundes für die BSV und damit ihre gesetzliche Legitimation ab.

Ein weiterer Grund mag auch in der Tatsache liegen, dass die BSV bei ihrer Gründung sehr stark von politischen Jugendverbänden geprägt und instrumentalisiert wurde. Die Gründung der BSV war ein gemeinsames und geplantes Vorgehen der Jusos, unterteilt in den Strömungen der „Stamokap-Jusos“ (linker Teil der Jungsozialisten) und „Refo-Jusos“, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), die Jugendorganisation der DKP, der Deutschen Jungdemokraten (DJD) und grünennahe Schüler und Jugendstrukturen. Eine der Ziele bei der Gründung der BSV war die

im Kollektiv bessere Verteidigung gegen die Bildungspolitik der CDU. Die Positionen der BSV waren daher von Anfang an sehr radikal und oppositionell zu denen der Bundesregierung, was zur Folge hatte, dass die Bundesregierung ihrerseits keinerlei Interesse daran zeigte, eine weitere Opposition zu legitimieren und zu unterstützen. Die massive Einmischung der politischen Jugendverbände rief nicht nur externe, sondern auch intern zahlreiche Probleme hervor, welche im Laufe der Jahre immer wieder auftauchten und der eigentlichen BSV-Arbeit stark hinderlich waren und sind. Es kam immer wieder zu Richtungskämpfen und Fraktionsbildungen innerhalb der BSV, zwischen den politischen Jugendverbänden sowie zwischen Mitglieder politischer Jugendverbände und Unabhängigen, die eine Überparteilichkeit forderten.

Grundlegende Änderungen für die BSV brachte der Zusammenbruch der damaligen DDR 1989. Es muss erwähnt werden, dass zahlreiche westdeutsche LSV-en und die BSV von Anfang an stark darum bemüht waren, die Schüler aus dem Osten in ihre Struktur einzubinden und demokratische Schülervertretungsgremien an den Schulen aufzubauen. Ein Beispiel dafür ist der Erste Gesamtdeutschen SchülerInnenkongress, der unter dem Motto „Einheit. Elite? Einmischen!“ vom 23. bis 25. November 1990 im ehemaligen „Pionierpalast“ des Freizeit- und Erholungszentrums Berlin-Wuhlheide von der BSV organisiert wurde und an dem 700 Schüler aus 13 Bundesländern, darunter alle neue Bundesländer, teilnahmen. Erwähnenswert sind auch die LSV-Partnerschaften zwischen ost- und westdeutsche LSV-en, z.B. NRW und Brandenburg, welche Anfang der 90-er gebildet wurden.

Mit der Aufnahme der ostdeutschen LSV-en in die BSV änderten sich aber auch die Strömungen und Mehrheitsverhältnisse innerhalb der BSV. Neben dem Auftreten neuer LSV-en ist auch zu vermerken, dass die SDAJ und DJD, welche die BSV bis dahin stark beeinflussten, in dieser Zeit in die politische Bedeutungslosigkeit verschwanden, so dass die Jusos als einzig verbliebener politischer Verband eine

dominante Rolle einnahmen. Aufgrund ihres unterschiedlichen sozialen Hintergrundes und damit verbundenen bildungspolitischen Vorstellungen konnten sich die ostdeutschen LSV-en mit den Themen und Zielen der BSV nicht anfreunden und identifizieren. (Eigens um diese Zeit wurde der „Ausschuss Neuer Länder“ gegründet, um den ostdeutschen LSV-en einen sanften Übergang zu gewähren.) Insbesondere waren und sind Frauenquote und allgemeinpolitisches Mandat Hauptstreitpunkte in diesem „Ost-West-Konflikt“, der unter 5. näher erläutert wird.

Die Spannungen fanden ihren Höhepunkt in den Jahren 1994/95. Auf der BDK 1994 in Elmshorn kommt es zum Eklat, nachdem der Hamburger Antrag auf Abschaffung des Bundesvorstandes, da dieser als zu abgehoben galt, scheiterte, erklärt Hamburg seinen Austritt aus der BSV. Weiteren Aderlass musste die BSV während dieser BDK verkraften, als Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, später noch Rheinland-Pfalz und Bremerhaven ihren Rücktritt verkünden und abreisen, nachdem das von den ostdeutschen LSV-en eingebrachte „Merseburger Reformpapier“ abgelehnt wurde. Unter anderem forderten die ostdeutschen LSV-en darin eine klare Distanz zwischen Schülervvertretung und politische Aktivitäten und eine „Unvereinbarkeitserklärung“, die BSV-Beschlüsse verhindern sollte, welche einzelne LSV-en als unvereinbar mit ihrer eigenen Politik betrachten. Noch auf der BDK wird ein Notvorstand gewählt und kurz darauf eine außerordentliche BDK in Potsdam veranstaltet. Die Fronten bleiben verhärtet und man kommt sich auch in Potsdam nicht näher. Im Gegenteil, es treten bei der Abstimmung zur Änderung der BSV-Struktur, der BuA wird gegenüber dem Bundesvorstand gestärkt um damit dem Gedanken der Basisdemokratie gerechter zu werden, Unregelmäßigkeiten auf, so dass die Brandenburger Delegation aus Protest unverzüglich wieder abreist. An der BDK in Bremen 1995 nehmen lediglich 45 Delegierte aus 7 Bundesländern teil. Danach zerbröckelt die BSV endgültig, sie wird zwar von einigen Ländern des progressiven Lagers weiter geführt, die nächste BDK findet aber erst 4 Jahre später in Wildeck-Obersuhl statt. Das 1997 durchgeführte

Seminar zu Struktur und Selbstverständnis, welches die Bundesländer wieder an die BSV binden sollte, zeigte nur erneut die Konflikte auf und blieb ergebnislos.

Die BDK 1999 in Wildeck-Obersuhl beschäftigte sich nur geringfügig mit den Problemen der Struktur und Aussöhnung und trug nicht zur Verbesserung der BSV internen Lage bei. Erst mit der Wahl Bernd Bebers zum Präsidenten des Schulausschusses im Oktober 1999 kam eine entscheidende Änderung in der BSV-Arbeit. Zum ersten Mal (seit langem) wurde dem Konsens gegenüber politischen Manifestationen Vorrang gewährt. Es wurde versucht, so viele LSV-en wie möglich ins Boot zu holen und dabei politische Barrieren zu beseitigen. Ein wichtiger Schritt war dabei die Novellierung der Satzung auf der BDK 2000 in Braunschweig, bei der u. a. der Einfluss der Frauenquote nach sechsständiger Verhandlung stark reduziert, der Bundesvorstand wieder ins Leben und der Bundesausschuss in Länderrat umbenannt worden ist. Die Bemühungen haben die BSV nicht nur intern, sondern auch die Außendarstellung der BSV gegenüber dem Bundesministerium und anderen Verbänden (GEW, Bundeselternrat, OBESSU...) positiv beeinflusst. Inzwischen arbeiten 13 LSV-en wieder aktiv in der BSV mit, lediglich Schleswig-Holstein und Thüringen verweigern sich noch der Mitarbeit, Baden-Württembergs Teilnahme ist bisher an stets organisatorischen Problemen gescheitert. Ungeachtet dessen ist die BSV weiterhin geteilt in ein progressives und ein gemäßigtes Lager, beide Lager sind etwa gleich stark, nur ist die Teilnahme der progressiven Landesverbände wesentlich kontinuierlicher, noch ein Stück davon entfernt, ein geschlossener Verband zu werden.

2.3. Landesschülerrat Sachsen (LSR)

Am 10.09.1992 wurde die „Verordnung des SMK über die Mitwirkung der Schüler in den Schulen im Freistaat Sachsen“ vom Kultusministerium herausgegeben und damit die Schülervertretungsgremien in Sachsen legitimiert und gesetzlich vorgeschrieben.

Die Geschichte der Schülervertretung in Sachsen fängt aber schon viel früher an. Sie beginnt praktisch mit dem Zusammenbruch des DDR-Regimes und der damit verbundenen Demokratisierung in allen Lebensbereichen. Bezeichnenderweise waren es einige Pionierhäuser, die undemokratische Jugendorganisation der DDR, welche die ersten Informationsveranstaltungen zum Thema Schülervertretung veranstalteten. Dort wurden die Schüler von POS und EOS über Mitwirkungsgremien in den alten Bundesländer aufgeklärt. Allgemein lässt sich feststellen, dass die Entwicklung an der Schule in diesen Monaten, wie auch in anderen Bereichen, sehr turbulent war, so dass es schwer fällt, einen chronologischen Ablaufplan zu erstellen und viele Zusammenhänge nur noch zu erahnen sind.

Ein wichtiger Faktor bei der Gründung von SV-en in den neuen Bundesländer waren die bereits existierenden LSV-en und politische Jugendverbände im Westen. Sie verteilten Informationen an den Schulen oder über die Pionierhäuser und boten ihre aktive Unterstützung an. Die LSV Hessen leistete dabei einen wichtigen Beitrag, als sie im Oktober 1990 in Marburg ein Seminar organisierte, auf dem Schüler aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt anwesend waren und erlernten, wie eine LSV aufzubauen ist. Aus diesem Seminar brachten die sächsischen Schüler wichtige Informationen und Impulse mit. Weitere Impulse kamen auch von den Schülern vor Ort selber. Stadtweite Schülervertretungen für die EOS wurden bereits kurz nach der Wende im Frühjahr 1990 in einigen Städten gegründet. Dabei war die Mithilfe der Ämter, wie in Leipzig, von großer Bedeutung, denn sie ermöglichten eine rasche Etablierung

der Strukturen. Bereits am 15.12.1990 fand das erste landesweite Treffen von EOS-Schülervertretern in Radebeul statt. Auf dieser konstituierenden Sitzung der „Landesschülervertretung der zum Abitur führenden Schulen von Sachsen“, wurde Lorenz Kähler zum Vorsitzenden gewählt. Außerdem erarbeitete die LSV auf der Konferenz eine eigene Satzung und einen Forderungskatalog. Inhalt des Forderungskataloges waren unter anderem die bundesweite Gleichwertigkeit der Bildungsabschlüsse, Freistellung der LSV-Mitglieder für notwendige Angelegenheiten und die Forderung eines eigenen Büros und Etats. Schon damals sprachen sich die Vorstandsmitglieder für das bildungspolitische Mandat aus und standen dadurch der BSV recht kritisch gegenüber. Von Anfang an war es klar, dass die LSV nur eine Übergangslösung und die Gründung einer Gesamtschülervertretung das eigentliche Ziel ist. Dieses Ziel wurde mit der Gründung des „Gesamt-LandesschülerInnenrat Sachsens“ am 9.11.91 in der Dresdner Romain-Rolland-EOS verwirklicht. An der konstituierenden Sitzung nahmen 44 Delegierte (Vertreter von EOS und POS) aus 38 Kreisen teil. Zum ersten Vorsitzenden wählten die Teilnehmer der Konferenz Thomas Stahl, stellvertretende Landesvorsitzende wurde Melanie Lachmann. Der Vorstand bestand gemäß der damaligen Satzung aus 15 gewählten Mitgliedern. In der Satzungsdebatte entschieden sich die Delegierten weiterhin für das allgemeinpolitische Mandat und für den Anschluss an die BSV. Ehemalige Oppositions- und Gemeindegruppen waren bei der Vorbereitung eine große Hilfe. Durch den kirchlichen Einfluss auf der Gründungsveranstaltung ist der Gründerkreis als eher wertkonservativ und gemäßigt einzuordnen. Unterstützung fand der LSR von Anfang an auch in den Landtagsfraktionen, die ihn lange Zeit begleiteten und unterstützten, hier wären die Namen Lars Rover(CDU) und Antje Hermenau(Grüne) zu erwähnen. Auch der Kontakt zum Kultusministerium wurde sofort hergestellt und eine Kooperation wurde von Anfang an als wichtig erachtet und angestrebt. Ein Indiz für diese Kooperationen ist die Anwesenheit von Herrn Beerenbuch,

Vertreter des Ministeriums, und von Lars Rover auf der Gründungsveranstaltung des LSR.

Schwierigkeiten bereitete in dieser Gründungszeit immer wieder das Problem der ungeklärten finanziellen Verhältnisse. Allgemein waren die Prozeduren, um vom Ministerium Geld für Arbeitsmittel oder Fahrtkosten zu erhalten, langwierig und glichen oftmals einem Bettelgang. Die langwierigen Abrechnungsformalitäten und das Auslegen der (Fahrt-)Kosten brachte die Vertreter auf Landesebene, die allesamt noch die Schule besuchten, immer wieder in finanzielle Nöte und führte in den folgenden Jahren des öfteren zum Rückzug von LaVo-Mitgliedern aus der Arbeit auf Landesebene. Wesentlich einfacher hatten es dagegen die Mitglieder, welche ihre Kosten über den Stadt- bzw. Kreishaushalt abrechnen konnten. Neben der Unterstützung aus dem Ministerium und den Landtagsfraktionen war die Mithilfe der GEW in den Anfangsjahren von entscheidender Bedeutung. Sie half dem LSR bei organisatorischen sowie inhaltlichen Aufgaben und versorgte dem LSR Ende 1993 das erste eigene Büro im Dresdner Gewerkschaftsgebäude. Zwar befand sich das Büro direkt unterm Dach, so dass es im Sommer sehr heiß wurde, und es war nicht besonders geräumig, aber es war ein guter Anfang auf dem Weg in die Selbstständigkeit und Funktionstüchtigkeit. Die gute Zusammenarbeit mit der GEW blieb auch in der Nachfolgezeit bis 1998, als die Intensität der Kooperation nachließ, erhalten. Nicht selten wurde dem LSR Beeinflussung durch die GEW vorgeworfen, was der ehemalige Vorsitzende Stephan Schlegel bestreitet, man hatte einfach die selben inhaltlichen Zielvorstellungen.

Im Verlaufe des Jahres 1991 etablierte sich in der Mehrzahl der Kreise ein Stadt- bzw. Kreisschülerrat. Diese Institutionen entstanden nicht flächendeckend, da der Informationsfluss oft unzureichend war oder es an engagierten Schülern in den betreffenden Kreisen mangelte. Die Strukturen sind durch die Verabschiedung des Schulgesetzes, in dem die Grobstruktur der Schülermitwirkung vom Schülersprecher bis zum Landesschülerrat festgehalten ist, am 3.7.91 von Seiten des Staates offiziell anerkannt worden. Wodurch die Kontinuität und Intensität

der Arbeit unterstützt aber nicht automatisch gesichert wurde. Viele Kreise, z.B. Freiberg, hatten zwischenzeitlich keinen Kreisschülerrat, da er aufgrund von Personalmangel eingeschlafen war. Besonders davon betroffen sind die ländlichen Gegenden wegen den langen Fahrtzeiten und ungünstigen Reiseverbindungen. Ein aktuelles Beispiel bildet Mittweida, wo der Kreisschülerrat nach sehr aktiven Jahren durch die gleichzeitige Beendigung der Schule von mehreren Mitgliedern zusammenbrach. Meistens findet sich nach einer gewissen Zeit wieder interessierte Schüler, welche die Arbeit erneut anpacken.

Die erste inhaltliche Aktion des LSR-es Sachsen wurde 1992/93 unter der 2.Vorsitzenden des LSR-es Marina Kem initiiert. Ausgangspunkt waren die zahlreichen Lehrerentlassungen, zum Teil pädagogisch gut ausgebildete Leute, die in diesen Jahren vollzogen wurden. Mit der GEW zusammen organisierte der LSR Februar 1992 die erste Demonstration unter dem Motto „contra Lehrerentlassungen“. Daneben sollte jeder Schüler und Lehrer Namen von Lehrern aufschreiben, die entlassen werden sollten, welche sie aber als bisherige Bereicherung des Schullebens ansahen. Die Aktion verlief äußerst erfolgreich und motivierte zahlreiche Schüler dazu, aktiv in den SV-en mitzuarbeiten. Zu der damaligen Zeit war ein starker Glaube an die Fähigkeiten und Möglichkeiten des LSR-es vorhanden.

Das nächste wichtige Ereignis für die SV-Arbeit war die Herausgabe der Schülermitwirkungsverordnung durch das Kultusministerium.(s. oben) Die Verordnung rief bei den Schülervertreten Resignation und Frustration hervor, Entwürfe von Seiten der Schüler wurden einfach nicht berücksichtigt. Hauptkritikpunkt an der neuen Verordnung war die unpraktikable Vorgabe der Struktur, nach welcher der LSR aus 21 Mitglieder, 7 aus jedem Oberschulamtsbezirk und je einen für jede Schulart, bestehen sollte. Nur war es nicht immer leicht interessierte Förder- oder auch Berufsschüler zu finden. Ein Jahr lang hielt sich der LSR an diese Vorschriften und wählte auf der LDK in Bad Schandau(27./28.11.92) entsprechend. Vorsitzender wurde bei der Wahl Florian Hesse, dessen Stellvertreter David Müller. Beide blieben

dem LSR aber nicht lange erhalten und traten schon kurze Zeit nach ihre Wahl wieder ab.

Von der Verordnung wurde schon ein Jahr später nach einer Satzungsdebatte auf der LDK auf dem Schloss Augustusburg(2.-4.7.93) abgewichen, dabei leistete Silvio Schiller mit dem neuen Satzungsentwurf einen maßgeblichen Beitrag. Im Jahre 1993, unter dem Vorsitz von Melanie Lachmann, fand auch der 1.sächsische Schülerentscheid statt, bei dem es sich hauptsächlich um die Frage 12 oder 13 Schuljahre handelte. Die Mehrheit der Schüler (55000 nahmen teil) votierten für 12 Schuljahre, was den eingeschlagenen Kurs des Ministeriums unterstützte, sich aber negativ auf das Verhältnis mit der BSV auswirkte. Ein weiteres überaus erfolgreiche Projekt des LSR-es in den Jahren 1993/94 war die vom SSR Görlitz ausgehende Aktion „Rumäniens Kinder wollen leben“. Die Resonanz auf die Aufforderung nach Spenden (Spielzeug, Plüschtiere...) für Rumäniens Kinder übertraf alle Erwartungen. Spenden kamen in riesigen Mengen und mussten in einer Fabrikhalle in Dresden zwischengelagert werden. Beachtenswert ist dabei die Arbeitsleistung einiger LaVo-Mitglieder, welche die Spenden mit Privatfahrzeugen aus ganz Sachsen abholten, um sie schließlich in den Sommerferien nach Rumänien zu transportieren. Als ein Erfolg darf auch der 1.sächsische Schülerkongress (4.-6.12.94) gewertet werden, bei der ursprünglich 10000 Anmeldungen ins Büro des LSR-es flatterten. Schließlich besuchten über 500 Schüler den Kongress, auf dem neben gesellschaftlichen Veranstaltungen auch viel inhaltlich gearbeitet wurde. Die Veranstalter waren jedoch fast überfordert vom Ausmaß der notwendigen Organisationsarbeit.

In dieser Zeit wurde unter dem Vorsitz vom Stephan Schlegel und der Mitarbeit vom Lucas Wartenburger die inhaltliche Arbeit stark forciert, davon zeugt heute noch das 15-seitige Grundsatzpapier des LSR-es. Auf der anderen Seite kam es auch zu den ersten internen Kämpfen im LaVo. Trotz der internen Spannungen war die Arbeit des LaVos so fruchtbar wie selten zuvor und danach. Zum einen war der 2.sächsische Schülerentscheid, der sich mit den Fragen Zentralabitur,

Kurssystem und Behindertenintegration beschäftigte, ein voller Erfolg, die Antworten der Schüler kamen säckeweise im Büro des LSR-es an. Zum anderen erregte der LSR mit seiner Pressemitteilung, in der er dem Kultusminister Rößler vorwarf, den LSR nicht ernst zu nehmen, ein gewaltiges Öffentlichkeitsinteresse und war beständig in den Schlagzeilen. Selbst der Landtag beriet in einer aktuellen Stunde über das Thema LSR. Jedoch machten sich die internen Querelen immer wieder bemerkbar und fanden ihren Höhepunkt in der Beurlaubung von 2 LaVo-Mitgliedern und der sich anschließenden „denkwürdigen“ LDK (1.-3.12.95) im Leipziger Uhlandgymnasium, auf der sich beide Seiten nichts schenkten. (s. Interview) Als Ergebnis brachte die LDK den fast kompletten Rückzug des alten Vorstandes um der Vorsitzenden Jana Lippmann. Einzige Verbliebene war Anne-Kathrin Pfeifer, die den frei gewordenen Vorsitz übernahm. In dieser Phase findet eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem LSR und der GEW statt, was sich in der Beteiligung des LSR-es an mehreren von der GEW veranstalteten Kundgebungen bemerkbar macht. Des weiteren ist die Weiterentwicklung des Thesenpapiers Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit und blieb ein wichtiger Punkt auf den folgenden LDK. Aber auch nach dem Neuanfang tritt im LaVo keine absolute interne Harmonie ein. Während der LDK (12.-14.4.96) kommt es zu heftigen Diskussionen bei der Behandlung des Rechenberichtes zwischen dem LaVo und Kay Wydwaldt(LaVo-Mitglied), der seinen eigenen Rechenschaftsbericht vorstellt und für erhebliche Unruhe sorgt. Schließlich muss die Sitzungsleiterin den Tagungsraum verlassen, womit die Sitzung unterbrochen war, um sich Gehör zu verschaffen und die Delegierten wieder zu beruhigen. Diese Konferenz war auch die erste LDK, welche aufgrund zu geringer Beteiligung die Beschlussfähigkeit nicht mehr erreichte und daher am Samstagnachmittag, nachdem einige Delegierte abgereist waren, in eine außerordentlichen LDK umgewandelt wurde. Nur wenige Monate nach der LDK trat Anne-Kathrin Pfeifer als Vorsitzende zurück und übergab das Amt an Markus Stapf. Im Sommer 1996 wurde der 2.sächsische Schülerkongress, welcher im Vorstand nicht unumstritten

war, in der Nähe von Limbach-Oberfrohna realisiert. Diesmal kamen tatsächlich 10000 Schüler, organisiert wurde er aber hauptsächlich vom „Freundeskreis des LSR“, der LaVo war nur eine Randerscheinung, deswegen waren die inhaltlichen Ergebnisse des Kongresses eher bescheiden. Die Veranstaltung ist mehr zu einem Open-Air-Konzert mutiert, wofür auch der Auftritt von zahlreichen Bands, es war sogar „Blümchen“ im Gespräch, an den Abenden sprach. Das ganze war gut organisiert, nur die erwarteten Einnahmen durch die Konzerte blieben aus, was zu einem Verlust in fünfstelliger Höhe führte und das Ende für den Verein „Freundeskreis des LSR“ bedeutete. Der fehlgeschlagene Schülerkongress wirkte sich auch negativ auf das Verhältnis des LSR-es mit dem sächsischen Staat aus, denn der Kongress wurde vom SMK und Frau Biedenkopf unterstützt, die alle natürlich mehr als unzufrieden über dessen Verlauf waren. Nach dem Kongress hat der Verein Konkurs angemeldet und Einzelpersonen waren nicht mehr auffindbar. Schnell ging der LaVo auf Distanz zum „Freundeskreis“, bekam die Folgen seiner verfehlten Aktion aber noch lange danach zu spüren.

Unter der Amtszeit von Markus Stapf politisierte, auf der LDK wurden plötzlich Themen wie Abschaffung der Bundeswehr behandelt, und „radikalisierte“ sich die Arbeit des LSR-es und es wurde eine absolute Oppositionshaltung gegenüber dem SMK eingenommen. Zusehends verschlechterte sich das Verhältnis zwischen LSR und SMK, was auf die unverschämte Auftrittsweise Markus Stapfs gegenüber den verantwortlichen im Ministerium, aber auch auf das mangelnde entgegenkommen seitens des SMK, zurückzuführen ist. Mehr oder weniger ist dieser Umstand durch die Person des Vorsitzenden, der dem linksextremen Lager entstammte und mit seiner Überzeugung auch nie zurückhielt, verursacht, da viele Sachen im Alleingang durchgeführt wurden, die im Vorstand nicht unbedingt auf Unterstützung stießen. Als Großereignis ist die Demonstration am 12.2.97 gegen den „Bildungsklau“, an der sich der LSR aktiv beteiligte, zu erwähnen. Nachdem Markus Stapf für mächtigen Wirbel gesorgt hatte und den Namen des LSR-es für einige

private Aktionen, unter anderem illegale Aktionen, (Autobahnsperre...) missbrauchte, verschwand er urplötzlich im März '97 und war nicht mehr auffindbar. Deshalb musste die nächste LDK(11.-13.4.97) vom stellvertretenden Vorsitzenden Daniel Zacher organisiert werden, der auf dieser Konferenz zum Vorsitzenden gewählt wurde. Daniel Zacher konnte aber danach nur wenig Zeit für den LSR aufwenden, so dass die Arbeit etwas verflachte. Erwähnenswert wäre einzig die aktive Beteiligung, häufig durch Sebastian Schlenkrich, des LSR-es an den Landesbildungsratssitzungen und die Unterstützung der neu gegründeten „sächsischen Jugendstiftung“, deren Aufgabe in der Förderung sozialer Schulprojekte besteht. Als die für Januar `98 geplante LDK in Bautzen kurzfristig vom Landratsamt abgesagt wurde, für die minderjährigen Delegierten lag keine Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten vor, und nicht mehr alle Delegierte noch rechtzeitig erreicht werden konnten, so dass einige bei klirrender Kälte vor verschlossenen Türen standen, zog Daniel Zacher es vor, nicht mehr auf der nächsten LDK zu erscheinen. Diese fand rund einen Monat(27.2.-1.3.98) später im Leipziger Uhland-Gymnasium statt. Da zu diesem Zeitpunkt aber auch kein Rücktrittsschreiben von ihm vorlag, entschloss sich der LaVo zum kollektiven Rücktritt und zur Ausschreibung von Neuwahlen, um damit den Vorsitzendenposten neu besetzen zu können. Zwar wurden alle ehemalige LaVo-Mitglieder wieder gewählt, die Chemie innerhalb des Vorstandes hatte aber schon davor nicht mehr ganz gestimmt. Besonders umstritten war die Person von Frank Ziegler gewesen, vor der LDK stellvertretender Vorsitzender des LSR-es. Mit der Zusammensetzung des neuen Vorstandes unzufrieden und sich der Schwierigkeiten für die zukünftige Arbeit bewusst, trat Frank Ziegler am nächsten Tag nach seiner Wahl ab und gab den Posten im LaVo frei. Zum neuen Vorsitzenden des LSR-es wurde der bis dahin als Vorstandsmitglied fungierende Dirk Heinrich gewählt. Mit dem neuen Vorstand wurde nun eine zweijährige Phase einer ruhigeren SV-Arbeit eingeleitet, weniger Streitigkeiten mit dem SMK, dafür mehr interne Harmonie. Der neu gewählte Vorstand war an einem konstruktiven

Dialog mit dem SMK interessiert und traf sich bereits knapp einen Monat nach seiner Wahl mit dem Kultusminister Matthias Rößler. Nach fast einjähriger „Eiszeit“ war dies das erste Zusammentreffen zwischen LSR und dem Kultusminister, inzwischen hatte der LSR neue Ansprechpartner im Ministerium erhalten- Frau Triquart und Herr Piepmeier, so dass ein Neuanfang begonnen werden konnte. In diesen Tagen wurde der Büroumzug vom Comenius- Institut in Radebeul in das Ministerialgebäude in der Archivstr. vollzogen. Dadurch wurde das realisiert, wogegen sich der LSR Ende `95 noch so tapfer gewährt hatte,(s. Interview) weil man eine Beeinflussung des SMK befürchtete. Auf der anderen Seite lag das neue Büro wesentlich zentraler, war mit modernen Kommunikationsmitteln ausgestattet und der LSR erhielt seitdem eine Bürokraft zur Unterstützung seiner Arbeit. Seitens der Schülerschaft musste der neue LaVo noch eine harte Bewährungsprobe bestehen. Denn auf der eintägigen LDK(19.6.98) in Dresden, die vornherein als außerordentliche ausgeschrieben wurde und nur der Erstellung des SV-Buches dienen sollte, machte sich bemerkbar, dass der Vorstand nicht die volle Unterstützung der Delegierten besaß. Gleich gegen zwei Vorstandsmitglieder wurde ein Misstrauensvotum gestellt. Beide Anträge verfehlten zwar knapp die zwei Drittel Mehrheit, brachten eine „Angeklagte“ aber an den Rand des Nervenzusammenbruches und den LaVo in eine mächtige Krise. Von dieser Krise konnte der LaVo sich nach der Sommerpause wieder erholen und sich erneut inhaltlicher Arbeit zuwenden. Zu nennen wäre der enge Kontakt zum LER, die Gründung der AG-Zukunft, die sich insbesondere mit Berufsschulen beschäftigte, und die Fortführung der AG SV-Buch, welche seit Anfang `98 existierte. Im April `99 wurde der Kontakt zur BSV wieder hergestellt und die BDK `99 war die erste BSV-Veranstaltung, an welcher der LSR Sachsen nach 5 Jahren Abstinenz wieder teilnahm. Seitdem ist Sachsen einer der beständigsten Mitglieder innerhalb der BSV und war inzwischen auch auf Europaebene und auf der 1.Weltschülerkonferenz(Dezember `2000) vertreten. Inhaltlich war die im April `99 an alle sächsischen

Schülerräte verschickte Umfrage ein großer Erfolg. Sie gab ein aufschlussreiches Bild über die Situation der SV-en in Sachsen und brachte das SMK in Erklärungsnot, da ersichtlich wurde, dass die Situation nur an den wenigsten Schulen optimal war. Mit der LDK im März 2000(3.-5.3.) endete die Amtszeit des alten LaVo, womit fast der gesamte Vorstand neu besetzt werden musste. Hinzu kam noch die Tatsache, dass einem Vorstandsmitglied, dessen Wahl auf der letzten LDK erfolgte, von den Delegierten das Misstrauen ausgesprochen wurde. Somit war die Möglichkeit eines Neuanfanges, der friedliche Kurs des alten Vorstandes ist nicht bei allen auf Zustimmung gestoßen, unter dem neuen Vorsitzenden Stephan Kempgen gegeben. Nach einem verheißungsvollen Beginn stagnierte die Arbeit aufgrund interner Probleme, teilweise mangelndes Engagement einzelner Vorstandsmitglieder, teilweise interne Streitigkeiten. Die unangenehme Atmosphäre innerhalb des Vorstandes und die ernüchternde Realität führte zum Rücktritt des Vorsitzenden und weiterer LaVo-Mitglieder. Sinnvolle inhaltliche Projekte des letzten Jahres waren die Erstellung der Homepage und die Kontaktaufnahme zur tschechischen Schülerorganisation ASK. Als Folge der internen Streitigkeiten und von Organisationsgründen fand seit fast einem Jahr keine LDK mehr statt.

3. Struktur und rechtlicher Rahmen

Dank der föderalen Struktur hat Deutschland eine Vielfalt in der Bildungslandschaft wie kaum ein zweites Land auf unserem Globus. Es ist sicherlich einmalig, dass in ein und demselben Staat verschiedene Schulbesuchsdauer (12 und 13 Jahre) zu einem gleichwertigen Bildungsabschluss führen. Dies ist aber nur die Spitze des Eisberges, denn die Unterschiede in den einzelnen Bildungssystemen ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche der Bildung. Gesamtschule oder dreigliedriges Schulsystem, Unterschiede im Bildungsetat oder die Zusammensetzung der Schulkonferenz sind nur einige weitere Beispiele. Von dieser Inhomogenität sind natürlich auch die Arbeitsbedingungen der LSV-en betroffen. So treffen wir auch hier auf eine bunte Vielfalt zwischen gesetzlicher Anerkennung und Ignoranz, zwischen Stadtstaat und Flächenstaat, zwischen 12000 und 250000DM staatliche Unterstützung (bei denen, die eine solche erhalten) und zwischen Vertretung aller Schultypen und Vertretung spezieller Schultypen.

3.1. Die Sonderfälle

Anfangen möchte ich bei meiner Betrachtung mit der staatlichen Unterstützung und dem rechtlichen Rahmen, da diese Tatsachen doch eine beträchtliche Auswirkung auf die Bedingungen haben, unter denen die LSV-en arbeiten müssen. Im Großteil der Bundesländer sind die LSV-en offiziell anerkannt. Die westdeutschen LSV-en haben ihre Anerkennung im Laufe der Siebziger Jahren erhalten (erkämpft), alle ostdeutschen LSV-en sind mit „der Wende“ entstanden. Die große Ausnahme stellt hierbei Bayern dar. Die bayrische LSV, ein Zusammenschluss aller Bezirksschülersprecher, kämpft seit ihrer Gründung im Jahre 1983 um eine staatliche Anerkennung. Bisher

blieben die Bemühungen erfolglos, da nach Auffassung der Landesregierung durch die Bewilligung einer LSV eher ein abgehobener Funktionsturm geschaffen wird als eine wirksame Vertretung von Schülerinteressen. Aber Angaben eines hohen bayrischen Funktionärs zu Folge ist ein Umdenken bei einigen Abgeordneten vorhanden, so dass die Erfolgsaussichten, in den nächsten Jahren anerkannt zu werden, durchaus gegeben sind. In Bayern gibt es an jeder Schule einen Schülerrat und Schülersprecher eines Bezirkes wählen jedes Jahr einen Bezirksschülersprecher. An diesem Punkt hört für die bayrische Regierung jedoch die Notwendigkeit einer Schülerbeteiligung auf und sie gewährt daher der LSV keinerlei Unterstützung. Somit wird die LSV Bayern seit 17 Jahren allein durch Privatinitiativen am Leben gehalten.

In Berlin ist zwar ein Landeschülerausschuss im Schulgesetz festgelegt, aber auch hier hat die LSV das Problem der mangelnden finanziellen Unterstützung. Zur Zeit existiert die LSV mit einer von den Vorgaben des Schulgesetzes abweichenden Struktur- laut Schulgesetz besteht der Landeschülerausschuss nur aus den Mitgliedern der Bezirksschülerausschüsse, diese Struktur wurde von den Schülern aber nicht angenommen und es gründete sich Mitte der Siebziger die LSV Berlin, an dessen jährlicher Konferenz jeder Schüler teilnehmen kann und auch wählbar ist, mitsamt des Landesvorstandes als ständiges Koordinierungsorgan. Diese Struktur wurde von der Regierung geduldet und bis 1991 auch finanziell unterstützt. Im Jahre 1991 wurde jedoch der Etat der LSV wegen Nichtinanspruchnahme gestrichen. Obwohl die sich die LSV 1993/94 wiedergründete, ist ihr die Nutzung des Etats bis heute nicht wieder ermöglicht worden.

3.2. Art der LSV

Die Mehrzahl der LSV-en sind Gesamtschülervertretungen, d.h. sie repräsentieren alle Arten von Schulen und Schüler- Gesamtschule, Realschule, Gymnasien, Hauptschule, Berufsschulen, Berufsgymnasien, Förderschulen und Schulen in freier Trägerschaft. Um dieser Bezeichnung auch wirklich gerecht zu werden, ist in den meisten Statuten eine Quotierung nach Schulart vorgeschrieben. Dadurch soll verhindert, dass in einem Gremium ausschließlich Vertreter einer Schulart sitzen, und die Schülervertreter von allen Schularten zur Mitarbeit aufgefordert werden. Leider ist es in der Realität nicht immer möglich, dieser Quote gerecht zu werden, denn schon auf lokaler Ebene schwankt die Beteiligungsrate zwischen den einzelnen Schularten, Gymnasien sind meistens häufiger vertreten als Förderschulen. Daher legen die LSV-en diese Quotierung unterschiedlich strikt aus, während sie in Sachsen nur noch auf dem Papier existiert, orientiert sich Niedersachsen weitaus stärker daran. Nun gibt es aber auch zwei Länder, in denen die LSV keine Gesamtschülervertretung ist, dies sind Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz. Beide vertreten nur die Gruppe der Gymnasien und Gesamtschulen. Rheinland-Pfalz ist recht bemüht, diesem Zustand ein Ende zu setzen und zu einer Gesamtvertretung zu werden. Dann gibt es noch den Sonderfall Bremen, wo der SSR Bremerhaven völlig unabhängig von der GesamtschülerInnenvertretung Bremen arbeitet. Selbst innerhalb der BSV-Sitzungen teilen sich beide die Stimmen.

3.3. Rechtlicher Rahmen und finanzielle Unterstützung

An diesen Beispielen wird deutlich, dass die Regelungen und Verordnungen für Schülervertretungen zum Teil schon im Grundsatz voneinander abweichen. So variiert das Mitbestimmungsrecht von

Schülern in unterschiedlichen Bundesländer recht stark, was an dem Beispiel der Schulkonferenz verdeutlicht werden soll. Während in den meisten Bundesländern, so auch in Sachsen, 6 Lehrer, 3 Eltern- und 3 Schülervvertreter das höchste beschlussfassende Gremium einer Schule bilden, existieren zahlreiche weitere Varianten der Zusammensetzung. Als Negativbeispiel wäre Niedersachsen zu nennen, wo zwei oder drei Schülervvertreter in der Konferenz 50 Lehrern gegenübersteht. In Schleswig-Holstein wurde dagegen mit der Schulgesetznovelle 1998 die paritätische Zusammensetzung der Schulkonferenz erfolgreich eingeführt. Jetzt verfügen Schüler, Lehrer und Eltern über die gleiche Anzahl von vier Stimmen. Ein anderes Modell hat der Stadtstaat Bremen entwickelt: dort ist die Stimmenverteilung mit 6 für Lehrer und jeweils 3 für Eltern- und Schüler ähnlich dem ersten Beispiel, auf der anderen Seite wurde aber die Lehrerkonferenz abgeschafft, so dass die Schulkonferenz die wirklich höchste Instanz und alleiniges beschlussfassendes Gremium an der Schule ist. Innerhalb der BSV werden die beiden zuletzt genannten Modelle favorisiert, wobei ein Mix aus diesen beiden Modellen die wohl demokratischste und idealste Lösung wäre.

Einer ständigen Veränderung ist das Budget der Schülervvertretungen ausgesetzt, da im Gesetz nur die Tatsache der Förderung, aber nicht ihre Höhe vorgeschrieben ist. Auf Kreis- und Stadtebene befindet sich die Unterstützung im vierstelligen, in wenigen Gebieten im fünfstelligen Bereich. Die Förderung für Landesschülervvertretungen variiert, wie bereits erwähnt, von gar nichts (Bayern, Berlin) bis hin zu 250000 DM(NRW), wobei sich der Etat der Meisten Landesschülervvertretungen auf 40000- 100000 DM beläuft. Diese Summen sind auch für das Funktionieren der Landesorgane notwendig, da in Flächenstaaten allein die Fahrtkosten bis zu 30000 DM verschlingen können, eine Konferenz übers Wochenende mit rund 60 Teilnehmer etwa 5000 DM kostet, einige LSV-en sich auch noch ein Büro mitsamt Bürokraft mieten müssen. Meistens sind die Gelder nur gegen Vorlage von Rechnungen bzw. Kostenvoranschläge vom Ministerium erhältlich, was gegen einen möglichen Missbrauch

schützt, aber auch die Freiheit der Vertretungen einschränkt. Das Ministerium hat dann immer die Möglichkeit, den Hahn bei unerwünschten Projekten zu zudrehen. Unter anderem wurde dies in NRW 1999 praktiziert, als ein geplantes Buchenwaldseminar der LSV aufgrund zu politischem Inhaltes nicht gefördert und damit vereitelt wurde. Aktivitäten für die SV sind daher immer ehrenamtlich und bringen für die Schülervertreter keinen materiellen Gewinn. Nur in einigen Ländern, z. B. Hamburg oder Niedersachsen, wird ein Tagungsgeld an die Delegierten gezahlt. Durch die Zusammenlegung des Geldes kann die SchülerInnenkammer Hamburg frei über eine eigene Kasse verfügen. In einigen Städten und Ländern existieren neben den offiziellen Haushalt noch ein Posten für spezielle Zwecke: der Stadtschülerrat Braunschweig verfügt neben den 1000 DM für Büromaterial etc. noch über einen Posten von 20000 DM, welcher aber nur für die Veranstaltung von Seminaren zur Verfügung steht. Ähnlich wurde der Haushalt der LSV Saarland gegliedert, in dem Etat von 10000 DM sind die Fahrtkosten nicht eingerechnet, diese werden gesondert abgerechnet.

Über den Weg der Haushaltsmittel ist es den Kultusministerien also möglich, indirekten Einfluss auf die Tätigkeit der LSV-en zu nehmen. Am Beispiel Hessen, das eine sehr kritische Schülervertretungsarbeit betreibt, ist dies zu erkennen, deren Haushalt wurde in den letzten Jahren von über 200000 DM auf gerade mal 158000 DM runter gekürzt.

3.4. Struktur

Bei Struktur besteht der größte Unterschied in der Tatsache, wie stark die Basis in die Arbeit der „höheren Ebenen“ eingebunden wird. Einige LSV-en versuchen sehr stark dem Prinzip der Basisdemokratie gerecht zu werden, andere bauen dagegen auf ein Repräsentativsystem. In den meisten Ländern ist es üblich, dass nur

Delegierte an den Konferenzen der „höheren Ebenen“ (Kreis-/Bezirks-, Landesebene) teilnehmen dürfen, d.h. die Delegierte auf Landesebene zumeist auch Funktionen in ihrer Schul- und Kreis-/Bezirks-SV inne haben. Die LDK in Sachsen ist sogar eine geschlossene Veranstaltung, zu der nur Delegierte und Gäste eingeladen sind. Innerhalb dieses Repräsentativsystems existieren zwei Varianten: zum einen die Variante der Aufgliederung in Städte und Kreise(Sachsen, NRW), zu denen alle Schulen in dem Umkreis gehören und die eine bestimmte Anzahl von Delegierten zu den Landeskonferenzen entsenden können, oder der Aufteilung in Regierungsbezirke(Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg), dessen Vorstand (Bezirksvorstand) von den Schülersprechern eines Bezirkes gewählt wird und die Vorstände aller Bezirke den Landesverband bilden, der wiederum ein Vorstand wählt. Es ist zu erkennen, dass im Repräsentativsystem eine starke Selektierung vorgenommen wird und es zu einer Ämterkumulation kommt. Dem versuchen andere LSV-en entgegen zu treten, indem zu ihren Sitzungen alle Schülersprecher (Rheinland-Pfalz) oder alle Schüler(Berlin) eingeladen sind und sich bei Interesse auch sofort wählen lassen können. Dadurch kann es z.B. auch vorkommen, dass beide Delegierte für den Länderrat aus der selben Schule kommen, was im anderen System relativ, zum Teil durch Satzungsvorschriften, ausgeschlossen ist. Neben diesen wesentlichen Unterschieden, gibt es natürlich noch Unterschiede in der Anzahl der Vorstandsmitglieder, Wahl- und Abstimmungsprozeduren..., es wäre aber zu mühsam, um auf alle Kleinigkeiten einzugehen, und für den Leser auch zu uninteressant.

4. inhaltliche Unterschiede zwischen LSV-en

Aufgrund der unterschiedlichen historischen Entwicklungen, Strukturen und Rahmenbedingungen sind dementsprechend auch die inhaltliche Arbeit und die Zielsetzung der einzelnen LSV-en extrem unterschiedlich.

Wobei die Inhalte einer LSV sehr stark von den in ihr aktiven Personen abhängt. Beispielsweise war Schleswig- Holstein vor etwa 5 Jahren einer der aktivsten LSV und Agitatoren innerhalb der BSV, wohin gegen sich die LSV heute von der Arbeit der BSV distanziert. In Sachsen erlebten wir nach heftigen Debatten und Presseschlachten zwischen LSR und Kultusministerium in den vergangenen 2 Jahren unter dem alten LaVo eine recht ruhige und angepasste Zeit und unter dem neuen LaVo eine erneut einsetzende leichte Verschärfung der Forderungen.

Alle LSV-en eint das Ziel einer demokratischen Schule, einer Verbesserung der Position der Schüler (Drittelparität in der Schulkonferenz) und ihren Lernumständen (Ausrüstung). Sie fordern durchweg kleine Klassen, Praxisbezug des Unterrichtes und Modernisierung der Lehrpläne, eine Sozialisierung der Schulen- verstärkte Ausbildung der Lehrer in sozialen Bereichen, außerschulische Aktivitäten, angenehmes Schulklima- und natürlich mehr Investitionen in die Bildung.

Oberstes Gebot einer jeden LSV ist selbstverständlich die demokratische Vertretung von Schülerinteressen. Nur gehen dabei die Vorstellungen über eine perfekte Schule und insbesondere die Vorgehensweise zur Erreichung der Forderungen weit auseinander.

Die Unterschiede sind recht zahlreich, lassen sich aber durchaus in zwei Hauptgruppen unterteilen. Für die einen hat Schule einzig die Aufgabe jedes Individuum gemäß seinen Stärken und Schwächen zum mündigen Bürger auszubilden, für die anderen besitzt dieser Aspekt

ebenfalls eine große Bedeutung, für sie ist aber die Verpflichtung der Schule und Schüler gegenüber der Gesellschaft (Vorbereitung auf das Berufsleben) ein ebenso wichtiger Aspekt.

Ein weiterer Unterscheidungspunkt, es stehen sich erneut dieselben LSV-en gegenüber, ist das Engagement der progressiven LSV-en im allgemeinpolitischen Bereich, was von der anderen Seite, die sich ausschließlich mit Bildungspolitik beschäftigt, strikt abgelehnt wird.

Diese beiden Hauptunterschiedlichkeiten spalten die LSV-en in zwei Flügeln, die ich der Einfachheit halber im Laufe des Textes als „progressiv“ und „gemäßigt“ bezeichnen werde.

Ganz deutlich tritt der Unterschied bei der Frage nach dem Selbstverständnis der LSV-en zu Tage, durchaus ein Ergebnis der häufig geführten Debatten um dieses Thema innerhalb der BSV. Während sich die einen als Interessensvertretung (Schleswig-Holstein) mit bildungspolitischem Mandat verstehen (MV), sehen andere ihre Aufgaben auch im allgemeinpolitischen Bereich (Bremen) und beschreiben sich als „emanzipatorisch, kritisch, links“ (Hessen). Dies war und ist einer der hauptsächlichen Probleme, mit denen die BSV zu kämpfen hat.

4.1. Gemäßigter Flügel

Auf der einen Seite stehen die gemäßigten LSV-en, z.B. Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein, MV und Bayern, die in Kooperation mit den zuständigen Behörden eine Reformierung des Schulsystems anstreben.

Sie lehnen das bestehende System nicht völlig ab, sehen aber durchaus Mängel im derzeitigen Schulsystem. Das dreigliedrige Schulsystem, eine Bewertung der erbrachten Leistungen oder eine geregelte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft entspricht durchaus ihren Vorstellungen. Im Bereich Demokratie an der Schule, Lehrplan oder Lehrerbildung sehen sie dagegen eindeutigen Nachholbedarf. Entsprechend ihrer Überzeugung versuchen diese LSV-en über den

Weg der Behörden, Konferenzen und Besprechungen etwas zu erreichen. Die größte Möglichkeit etwas zu verändern wird darin gesehen, indem Probleme und Vorschläge direkt beim Kultusminister vorgetragen und gemeinsam besprochen werden. Bei ihm konzentriert sich die Entscheidungsgewalt, alle Veränderungen im Bildungswesen werden von ihm veranlasst. Darum sind die LSV-en um eine konstruktive und gute Zusammenarbeit bemüht, um dadurch die Möglichkeit zu erlangen, ihre Vorstellungen anzubringen und zu verwirklichen. Eine gute Zusammenarbeit auf höchster Ebene bedeutet auch Unterstützung und Macht auf unteren (Kreis-, Schul-) Ebenen, da diese dem Kultusministerium unterstellt und sehr gehorsam sind.

Das Anstreben einer guten Zusammenarbeit ist aber keineswegs automatisch mit Selbstaufgabe verbunden. Es ist durchaus möglich, ein kritisch konstruktives Verhältnis aufzubauen und dabei Fehler der Behörden auch offen zu kritisieren, nur die Tonart und Wortwahl ist entscheidend. So fallen Formulierungen und Forderungen dieser LSV-en etwas gemäßiger aus. Sie lauten unter anderem: Aufklärung der Schüler, verstärkter Praxisbezug (MV), Unterstützung der SMV-en (Bayern), Mitwirkung an den Sek.2-Lehrplänen (Schleswig- Holstein) oder Drogen- und Suchtprävention in Zusammenarbeit mit dem LKA, Unterstützung „ABI 2000“ Fete. (Sachsen- Anhalt)

4.2. Progressiver Flügel

Auf der anderen Seite stehen LSV-en wie Hessen, Bremen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Berlin und NRW, die zum Teil rigoros das bestehende Schulsystem ablehnen.

Ein häufig verwendetes Mittel zur Verbreitung und Durchsetzung ihrer Ideen sind Kampagnen mit Plakaten, Flugblättern und Demonstrationen. Die Tonart bei diesen Veranstaltungen ist, wie gewöhnlich auf Straßenveranstaltungen, sehr kritisch bis „unverschämt“. Stets muss ich mich an dieses Plakat von der LSV

Niedersachsen erinnern, auf dem geschrieben stand: „Frau Jürgens-Pieper sie können uns mal... besser bilden.“ Ein derartiger Spruch ist für den anderen Flügel undenkbar und wird als unseriös angesehen. Solche Sprüche kommen sicherlich bei der Schülerschaft, gerade auf Demonstrationen, gut an, es ist aber auch selbstverständlich, dass dadurch eine gute Zusammenarbeit mit der Kultusministerin ausgeschlossen ist. Die wird von den LSV-en oftmals gar nicht gewünscht, da Parteien wie CDU, FDP und auch SPD mit ihrer „laschen Politik“ und „konservativen Ideen“ verteufelt und als nicht kompetent in Bildungsfragen angesehen werden. Ganz im Gegenteil wird offen der Rücktritt der Kultusminister, manchmal der ganzen Regierung, gefordert und kräftig versucht, nachzuhelfen.

Ich möchte auf die Aussagen der LSV Niedersachsen beim Bell-Bogen verweisen, wo die „Möchtegernrote- Landesregierung“ als größtes Hindernis der LSV-Arbeit beschrieben und die Lösung des Problems im Personalwechsel an den nötigen Stellen gesehen wird.

Die LSV-en versuchen ihre Forderungen nicht nur dem Ministerium kundzugeben, sondern auch der Basis, der Schülerschaft, und gemeinsam mit ihnen durch Aktionen die Gesellschaft auf Probleme an den Schulen aufmerksam zu machen. Eine größere Einbeziehung der Basis und Arbeit mit der Basis wird hier angestrebt. Angesichts des Grundsatzgedankens von Basisdemokratie ist dies nicht weiter verwunderlich. Ebenfalls auf diesen Gedanken basierend sind die Forderungen nach Gesamtschule als alleinige Regelschule (s. Bremen) oder „Wahlalter 0“.(Rheinland- Pfalz) Im Zusammenhang mit der Forderung nach Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems startete die LSV NRW eine Kampagne unter dem Motto „Gymnasien sind asozial“, sie wurde aufgrund heftiger (Schüler-)Proteste nach kurzer Zeit wieder eingestellt.

Durch dieses Beispiel wird deutlich, dass die LSV-en eine starke Einbeziehung der Basis wünschen, auf der anderen Seite aber ihre Forderungen teilweise über das hinaus gehen, was die gemäßigttere Mehrheit der Schülerschaft wünscht. Kontroversen mit Gruppen von Schülern werden von den LSV-en akzeptiert, da man der Meinung ist,

dass Schüler aufgeklärt und überzeugt werden müssen. Dagegen versuchen die anderen LSV-en stets die Meinung der Masse der Schülerschaft möglichst ungetrübt wiederzugeben und somit eine wirklich demokratische Vertretung zu sein. Womit keinesfalls bestritten werden soll, dass die LSV-en des progressiven Flügels demokratisch sind, nur die Auffassungen von Demokratie gehen in dem Falle etwas auseinander.

Die Kampagne „Wahlalter 0“ verdeutlicht das über die Bildungspolitik hinausreichende Engagement dieser LSV-en und ihre enge Verknüpfung zu linksgerichteten politischen Jugendverbänden. Nach ihrer Auffassung ist die Gesellschaft mit der Bildung untrennbar verbunden, eine wirksame Veränderung in der Schule setzt eine Veränderung der Gesellschaft voraus und umgekehrt, beide bedingen sich gegenseitig. Aufgrund dieser Überzeugung engagieren sich diese LSV-en sehr stark im allgemeinpolitischen Bereich. Angefangen bei Themen wie Rassismus, Gleichberechtigung der Frau bis hin zu Demonstrationen gegen den Kosovokrieg. Zu den genannten Themen werden dann häufig Seminare, wie etwa das Geschlechterverhältnis-Seminar in Frankfurt kommenden April, veranstaltet und an Projekten teilgenommen- „Mensch gleich Mensch“ Projekt der Lernkiste Gießen gegen Rassismus, an dem sich die LSV Hessen und NRW beteiligen. Wie schon angedeutet, besteht hier ein riesiger Konfliktherd zwischen den beiden Flügeln, aufgrund der Tatsache dass die gemäßigeren LSV-en diese Themen nicht als ein Teil ihrer Vertretungsaufgabe sehen und sich strikt dagegen wehren, dass solche Themen in die BSV hinein getragen werden. Für die progressiveren LSV-en sind das aber wichtige Bestandteile ihrer alltäglichen Arbeit und ihrer Ideologie, ein Ausschluss dieser Themen käme ihnen einer „Selbstkastrierung“ (Peter Härtig) gleich und würde die Vertretungsarbeit fad und eintönig werden lassen.

4.3. Allgemeinpolitisches Mandat

Das allgemeinpolitische Engagement und Ausrichtung der BSV in den letzten Jahren war der Grund für viele LSV-en, dieser Institution fernzubleiben, z.B. Thüringen und Schleswig- Holstein, die sich absolut nicht mit derartigen Ideen und Aktionen anfreunden konnten. Obwohl die BSV im letzten Jahr unter Bernd Bebers Führung einen im Vergleich zu den letzten Jahren sehr gemäßigten Kurs eingeschlagen hat, existieren auf der einen Seite LSV-en, denen die BSV Positionen immer noch zu radikal sind, auf der anderen Seite gibt es aber LSV-en, die derzeitige Beschlüsse der BSV schon als zu lasch und konsensorientiert betrachten. Inzwischen hat man sich darauf geeinigt, der Bildung den Vorrang zu geben, gesellschaftliche Faktoren bei der Erörterung der Fragen aber stets zu berücksichtigen. Die Frage, ob bildungspolitisches oder allgemeinpolitisches Mandat, ist noch lange nicht endgültig entschieden und bleibt weiterhin heftig umstritten.

4.4. Abschaffung der Noten

Nicht weniger umstritten ist die Forderung des progressiven Flügels nach der totalen Abschaffung des Notensystems und seiner Ersetzung durch ein positives Feedbacksystem, bei dem jeder Schüler seinen Lernprozess schriftlich und ausführlich vom Lehrer mitgeteilt bekommt.

Dadurch soll eine Verbesserung des Lehrer- Schüler- Verhältnisses eintreten und gleichzeitig vermieden werden, dass die erbrachten Leistungen des Schülers über einen gesamten Zeitraum auf eine einzige, nicht aussagekräftige Zahl reduziert wird.

Einig ist man sich nur in dem Punkte, dass Noten häufig sehr subjektiven Charakter haben, dass die Bewertungen von Lehrer zu Lehrer schwanken und zum Teil recht willkürlich vom Lehrer festgesetzt sind. Dadurch wird das derzeitige Notensystem keineswegs als ideal angesehen, Streitigkeiten herrschen aber über die bisherigen

Alternativen. Während der progressive Flügel das positive Feedbacksystem als geeignete Alternative sieht, radikale Stimmen lehnen sogar jegliche Form von Bewertung, also auch das positive Feedbacksystem ab, erhebt sich entlang des gemäßigten Flügels lautstarker Protest dagegen. Hier wird eine schriftliche Bewertung nicht als Ideallösung angesehen, da ihrer Meinung nach diese dem Lehrer genauso viel, wenn nicht noch mehr Spielräume und Möglichkeiten einer subjektiven Bewertung in die Hand legt. Es wird auch ein möglichst vergleichbarer Abschluss nach Beendigung der Schulzeit gefordert, nach ihren Gleichheitsverständnis soll ein engagierter und fleißiger Schüler nach 13 Jahren nicht mit denselben Anfangsbedingungen dastehen wie einer, der sich die gesamten Jahre über durchgemogelt hat.

Hessen, einer der konsequenten Gegner aller Bewertungssysteme, hat mit der Zeugnisverbrennung 1998 die bisher spektakulärste Aktion in diesem Bereich durchgeführt.

4.5. Hochschulzugang

Eng verbunden mit der Frage nach Bewertungssystemen ist die Debatte um Hochschul-zulassungen. Diejenigen, die eine völlige Abschaffung der Noten fordern, sehen auch die Zulassungsbeschränkungen zu Universitäten und Fachhochschulen als eine Reduzierung der Möglichkeiten einer freien Persönlichkeitsentfaltung. Man könne nie im Voraus hundertprozentig feststellen, wo die Stärken und Schwächen des einzelnen liegen. Daher soll der Besuch einer höheren Bildungsanstalt nicht nur Gymnasiasten, sondern auch für Berufsschüler mit abgeschlossener Ausbildung ermöglicht werden. Zu diesem Zwecke soll die Ausbildung an Berufsschulen stärker auf Allgemein- anstatt nur Fachbildung ausgerichtet sein. Radikale Meinungen fordern den Zugang zu den Hochschulen auch für Menschen ohne Schulabschluss. Die logische Konsequenz dieser Forderungen ist der Wegfall jeglicher

Zulassungsbeschränkungen, wie Einstellungstests oder Numerus Clausus. Der Staat soll sich an der Bildung orientieren, Studienplätze entsprechend der Nachfrage zur Verfügung stellen, und nicht umgekehrt. Diese Forderungen gehen mit dem Prinzip des "lebenslangen Lernens" einher, wonach Bildung keine Frage der Qualifizierung und des Alters ist, der Mensch sich kontinuierlich fortbilden muss.

Für den gemäßigten Flügel besitzen Werte wie Entfaltung der Persönlichkeit oder freie Bildung für alle ebenfalls einen hohen Stellenwert. Sie gehen aber nüchterner an das Problem heran und befinden daher die Abschaffung aller Zulassungsbeschränkungen und freie Hochschulbildung für alle als übertrieben und unrealistisch. Ihrer Ansicht nach ist der Staat nicht in der Lage, derart enorme Summen in die Bildung zu investieren, ohne dass andere, genauso essentielle Bereiche darunter leiden. Auf keinen Fall soll dieses Geld für zielloses sich Bilden ohne abschätzbare Erfolgsaussichten ausgegeben werden. Ein weiterer Kritikpunkt ist die stärkere Ausrichtung der Berufsausbildung auf wissenschaftliche Bereiche, da solche Maßnahmen bei einem Handwerkerlehrling, der diese Laufbahn eingeschlagen hat um dem rein theoretischen Lernen zu entkommen, in der Regel kaum Anklang finden werden.

Im direkten Zusammenhang mit dieser Meinungsverschiedenheit steht die Diskussion um den Praxisbezug der BSV Forderungen. Auf der progressiven Seite ist man der Auffassung, dass hohe Forderungen gestellt werden müssen, um am Ende überhaupt einen halbwegs vernünftigen Kompromiss herauschlagen zu können. Die Gegenseite hält eine mögliche Realisierbarkeit von Forderungen für unabdingbar, weil man sich auf diese Weise als kompetenter und konstruktiver Gesprächspartner erweist. Andernfalls macht sich die BSV unglaubwürdig und welche Regierung hätte auch Interesse daran, eine radikale Oppositionsorganisation zu legalisieren.

4.6. Das Schulsystem

Wie bereits im oberen Abschnitt erwähnt, entbrennt immer wieder ein Konflikt bei der Frage nach dem idealen Schulsystem- dreigliedriges Schulsystem oder Integrierte Gesamtschulen. (IGS) In dieser Frage finden wir den progressiven Flügel als entschiedener Verfechter für die Einführung der IGS als einzige Regelschule, die Meinung spiegelt sich auch im Bell- Bogen wider. (Niedersachsen, Bremen, Hessen, Rheinland- Pfalz) Ziel einer derartigen Umstrukturierung ist eine Gleichbehandlung aller Schüler und das Entgegenwirken zur Elitenbildung. Die bestehende Struktur des dreigliedrigen Schulsystems wird als selektierend und diskriminierend empfunden. Schüler werden allein ihrer schulischen Leistung nach sortiert, was eine Fixierung auf ein einziges Merkmal mit sich bringt und die anderen, wie Fleiß, Kommunikationsfähigkeit, Hilfsbereitschaft... dabei völlig außer Acht gelassen werden.

Folge dieses Systems ist die Trennung der Gesellschaft bereits in frühen Jahren in begabt und unbegabt, in wertvoll für die Gesellschaft und nicht wertvoll. Genau diese Unterscheidung des Menschen und die dem Gleichheitsprinzip widersprechende Elitenbildung soll mit der Einführung der IGS unterbunden werden. Beim Besuch einer IGS wären alle Schüler gleich und zugleich soll der Gedanke der Solidarität, der gegenseitigen Unterstützung beim Lernen, gestärkt werden.

Dass Solidarität ein wichtiger Gedanke ist, der in unserer heutigen Zeit leider immer mehr verschwindet, das empfinden auch die Vertreter des gemäßigten Flügels. Nur ist fraglich, ob durch die allgemeine Einführung der IGS das Problem gelöst wird. Vielmehr hat man immer das amerikanische Bildungssystem vor Augen, das wie kaum ein zweites die Gesellschaft in „loser“ und „winner“ unterscheidet. Sicherlich sind amerikanische und deutsche Verhältnisse nicht gleichzusetzen, aber die alltägliche Konfrontation mit deutlich leistungsstärkeren bzw. ~schwächeren Mitschüler fördert

wohl mehr die Missachtung der anderen Gruppe. Wenn ein Klima der gegenseitige Unterstützung erreicht wird, dann wäre es ideal, dies setzt aber eine gewisse Grundeinstellung voraus, welche nach Meinung der Gegner der IGS nur unzureichend vorhanden ist. Ihrer Auffassung nach bietet das dreigliedrige System viel mehr Möglichkeiten für den Einzelnen, er wird seiner Orientierung und Leistung gemäß gefördert.

Für die Schwierigkeiten einer IGS gibt es auch konkrete Beispiele, z. B. in München, wo die einzige IGS zugleich der soziale Brennpunkt unter den Schulen ist. In den Ländern, wo die IGS gefordert wird, macht man dagegen hauptsächlich gute Erfahrungen damit.

4.7. Die Quote

Der letzte Konfliktherd auf den ich näher eingehen möchte, ist gleichzeitig einer der brisantesten und am häufigsten diskutierten: die Quote und mit ihr verbunden das Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Verankert wurde die Quote in der BSV Satzung aufgrund der Orientierung an linksgerichteten Jugendverbänden, bei denen die Quote ein fester Bestandteil ist, schon seit Anfang ihres Bestehens. Sie war aber nie unumstritten und es wurde stets heftig über dieses Thema debattiert, dies nahm besonders mit der Aufnahme der neuen Bundesländer zu. Ich kann mich nur noch allzu gut an die letzte BDK erinnern, als das Thema „Quote“ sich als größtes Hindernis bei der Erstellung einer neuen Satzung herausstellte und wir sechs Stunden lang diskutierten und verhandelten, um endlich auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Zurückzuführen ist die Entschlossenheit mit der diese Diskussion geführt wird, auf die Emotionen, welche das Thema hervorruft. Quote ist für den progressiven Flügel einer der fundamentalen Grundsätze ihrer Arbeit, beim gemäßigten Flügel dagegen ruft kein anderes Thema größere Ablehnung und oft auch Heiterkeit hervor. Der Hauptgrund hierfür ist die Tatsache, dass Quotierung und Geschlechterverhältnisse bei

einigen LSV-en einer der Hauptthemen sind, bei anderen hingegen eigentlich nie zur Debatte steht, teils wegen der fehlenden Erfahrung auf diesem Gebiet, teils weil dies kein akutes Problem der LSV darstellt, was zumindest auf alle LSV-en im Osten zutrifft, die geschlossen gegen die Quote stimmen.

So werden die Delegierten dieser Länder häufig auf BSV Veranstaltungen zum ersten Mal mit diesem Thema konfrontiert und überrollt. Das Ergebnis ist Verwunderung, Verständnislosigkeit und Fragen wie „Hat das irgend einen sexuellen Hintergrund?“ (Delegierte aus Brandenburg auf der BDK `99) Selbst nach längeren Debatten und Bekehrungsversuchen werden die Delegierten zwar stärker für dieses Thema sensibilisiert und über den Hintergrund aufgeklärt, aber fast nie vollständig überzeugt.

Das Thema wird in diesen Kreisen als nicht diskussionswürdig bewertet und die ständige Forderung der BSV nach einer Befreiung und Bevorzugung der Frau nach den jahrtausenden patriarchalischer Herrschaft des Mannes als überzogen und nervig empfunden. Für sie ist besonders die Bevorzugung, im Beruf oder Politik durch Quotenregelungen, genau das falsche Mittel zur Bekämpfung der gesellschaftlichen Missstände. Denn dadurch wird mehr getrennt als emanzipiert, weil dem männlichen Geschlecht ein Nachteil entsteht, welches es nicht akzeptieren kann. Des weiteren ist die Bevorzugung von Menschen allein aufgrund von physischen Merkmalen immer ungerecht und es soll Unrecht nicht mit erneutem Unrecht vergolten werden. Es muss ein Veränderungsprozess in den Köpfen stattfinden, dieser soll aber keinesfalls erzwungen werden, sondern wachsen. Deshalb fordern diese LSV-en die Besetzung von Ämtern allein der Qualifizierung und nicht des Geschlechtes wegen.

Die andere Seite zeigt aber immer wieder auf die verschiedenen Aspekte des Alltages, wo die Frau eindeutig unterdrückt wird: niedrigere Löhne trotz gleicher Qualifizierung, Drängen der Frau in typisch weibliche Muster, Besetzung der Führungsetagen durch die Männer...

Deshalb müssen diese Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Ein wirksames Mittel dazu ist die Bevorzugung der Frau bei Anstellung und Wahlen, damit sie überhaupt erst die Chance erhalten, sich auch in höheren Ämtern ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Dadurch sollen Frauen Mut und Hilfe erhalten in Domänen der Männer Fuß zu fassen um dann eine frauenfreundlichere Atmosphäre zu schaffen. Auch soll die Quote ein Nachdenken über das Thema und dadurch stärkeres Bewusstsein dafür bezwecken.

Es sind noch viele weitere Konfliktpunkte vorhanden, ich möchte mich aber auf die ausgeführten beschränken, da sie meiner Meinung nach ein ausreichenden Einblick in die Unterschiedlichkeiten der LSV-en gewähren und die Hauptprobleme darstellen.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass innerhalb der BSV zwei unterschiedliche Lager existieren, diese aber bei weitem nicht so starr sind und sich unversöhnlich gegenüber stehen, wie man es aus dem Text vermuten könnte. Wechselnde Koalitionen sind durchaus nichts seltenes, Hamburg ist zum Beispiel ein Bundesland, welches etwa in der Mitte steht und dessen Positionen durchaus beiden Lagern zugeordnet werden kann. Man befürwortet die Einführung der IGS als Regelschule, steht aber einer Quotierung kritisch gegenüber.

Und lagerübergreifende Verbindungen und Freundschaften sind ebenfalls keine Seltenheit.

4.8. Gründe für die Unterschiedlichkeiten

Im nachfolgenden möchte ich auf die Gründe eingehen, welche die unterschiedlichen Standpunkte hervorrufen.

Als erstes wären da die Rahmenbedingungen zu nennen. Wo das Hauptproblem die Nichtanerkennung (Bayern) ist oder SV-en (Ostdeutschland) erst seit wenigen Jahren bestehen ist es nur allzu folgerichtig, dass man wesentlich mehr Zeit aufwenden muss für

strukturelle und organisatorische Aufgaben. Dadurch wird die inhaltliche Arbeit etwas in den Hintergrund gedrängt. Es ist augenscheinlich, dass LSV-en wie Hessen oder Hamburg auf wesentlich mehr Beschlüsse zurückgreifen können als Sachsen oder Bayern. So kommt es vor, dass durch den Kontakt mit der BSV einige inhaltliche Denkanstöße erfolgten. Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass die Konfrontation mit den zum Teil sehr radikalen BSV Standpunkte häufig eine Trotzreaktion und Oppositionshaltung auslöst, da die Ideen auf den ersten Blick als absolut absurd bewertet werden. Mit der Zeit setzt eine Sensibilisierung für die Forderungen ein, eine uneingeschränkte Übernahme der Ideen findet jedoch nie statt.

Ein weiterer Aspekt ist die Struktur bzw. sind die Beteiligten der einzelnen LSV-en.

Es finden sich in SV- kreisen immer wieder zahlreiche Mitglieder vieler verschiedener Parteien und Verbände. Die Liste reicht von den Pfadfindern und Antifa über CVJM bis hin zu den Julias und Jusos. Augenscheinlich ist dabei, welcher großen Einfluss linksgerichtete (Jugend-) Verbände auf die Arbeit der LSV-en des progressiven Flügels haben. Derzeitig am stärksten vertreten sind die Jusos und Junge Demokraten/ Junge Linke (JD/JL), inzwischen aber auch immer mehr JU Mitglieder. Diese Organisationen haben sich besonders in den westlichen LSV-en etabliert, wie etwa in Rheinland- Pfalz, das sehr stark JD/JL geprägt ist, oder Niedersachsen, das traditionell eng mit den Jusos zusammenarbeitet.

Durch die enge Verbindungen, teilweise Personalunion- Dörte Liebeth war gleichzeitig stellvertretende Präsidentin des Bundesausschusses und Bildungsreferentin im Landesvorstand der Jusos Niedersachsen- zwischen LSV-en und progressiven Verbänden fallen Vorstellungen und Forderungen dieser LSV-en naturgemäß etwas radikaler aus.

Denn bei allen Versuchen, die verschiedenen Tätigkeitsbereiche auseinander zu halten, ist die Meinung doch immer etwas gefärbt, wenn man in einer anderen Organisation, besonders bei politischen

Organisationen, aktiv ist, weil sich die Arbeitsbereiche häufig überlappen.

Derartige Probleme sind in LSV-en in Ostdeutschland weniger zu beobachten. Zum Teil ist das eine Folge der bewussten Abschottung gegen politische Einflüsse, der LaVo Sachsen hat in den letzten 2 Jahren alle politisch angehauchten Mitglieder aus ihren Ämtern entlassen und ersetzt. Zum Teil ist dies aber auch darauf zurückzuführen, dass die Jugendorganisationen der Parteien in den neuen Bundesländern nicht besonders stark sind. Womit die LSV-en hier relativ frei von jeglichen politischen Einflüssen sind. Das Fehlen radikaler Einflüsse, zu mindest im Vergleich zu den SV-en im Westen, ist ein Grund für die nüchterne und gemäßigte Haltung der LSV-en im Osten.

Der dritte und letzte Aspekt, der meiner Meinung nach die Spaltung der LSV-en bewirkt, ist die unterschiedliche historische Vergangenheit der LSV-en, was auch von Bernd Beber im Interview benannt wird.

Wie bereits erwähnt ist die Entstehung der Mehrzahl der LSV-en im Westen eng mit der sehr radikalen 70-er Revolution entstanden, für ihre Entstehung musste gekämpft werden. Wohingegen die LSV-en im Osten nach der Wende per Verfassung festgeschrieben und teilweise sogar von Kultusministerien initiiert wurden. Hier verlief alles etwas friedlicher und ruhiger. Bayern ist durch seine Nichtanerkennung als Sonderfall zu betrachten.

Der radikale Charakter der Demonstrationen in den Siebzigern ist bei vielen LSV-en des Westens über die Jahre hinweg erhalten geblieben. Denn die linken Kräfte, Hauptverantwortliche für damalige Protestaktionen in den Siebzigern und Initiator der BSV, haben zwar inzwischen an Einfluss verloren, sind aber dennoch präsent. Ideale wie Chancengleichheit, Basisdemokratie und Bekämpfung einer Elitenbildung sind bis heute Grundsätze einiger LSV-en.

Dagegen engagieren sich in östlichen LSV-en noch Personen, die ein Teil ihrer Kindheit in einer völlig anderen Gesellschaft, in einem Staat mit totalitären Strukturen, verbrachten

5. Schülervertretung im gesellschaftlichen Kontext

In diesem Kapitel möchte ich mich mit den Wechselwirkungen zwischen den gesellschaftlichen Veränderungen und der Schülervertretungsarbeit analysieren. Genauso wie die Schule ist auch die Schülervertretung ein Teil der Gesellschaft, viele Ereignisse und Probleme, mit denen sie konfrontiert wird haben ihre Wurzel in den gesellschaftlichen Entwicklungen.

In der Schülervertretung treffen sich besonders engagierte und arbeitswillige Schüler, dies nimmt mit der Höhe der Schülervertretungsebene zu. Vertreter im Länderrat sind in der Regel zuverlässiger als Schülervertreter auf Schul- oder Kreisebene, deren aktive Mitarbeit unter Umständen sehr kurz sein kann. Daher ist die Schülervertretung nicht das ideale Spiegelbild der Gesellschaft, sie bleibt aber dennoch nicht frei von gesellschaftlichen Einflüssen und auch an ihr lassen sich die gesellschaftlichen Veränderungen ablesen.

5.1. Geschichte der Schülervertretung im gesellschaftlichen Kontext

Wenn wir die Entwicklung der Schülervertretung im gesellschaftlichen Kontext betrachten, dann lassen sich augenscheinliche Parallelen feststellen. Anfang des Jahrhunderts war die primäre Funktion des Schülerrates die „staatsbürgerliche Erziehung“. Der Schüler sollte lernen, Aufgaben nach Vorgaben zu erledigen und sich zu organisieren, welche ihn auf das spätere Leben im preußisch geprägten Staat vorbereiten sollten. Schon in der Schule sollten die Tugenden Gehorsamkeit, Solidarität gegenüber Mitmenschen und Loyalität gegenüber den Machthabern (Staat oder Lehrer) entwickelt und ausgeprägt werden.

Die Weimarer Republik verstärkte den demokratischen Aspekt der Schülerversretung, indem sie die Schülerversretung gesetzlich förderte und Schüler über relevante Themen unterrichtete. Sie behielt aber auf der anderen Seite die Gedanken der Erziehung zur Gehorsamkeit und staatsbürgerliche Loyalität bei. Das Frauenwahlrecht war gerade durchgesetzt worden, für eine Beteiligung von Jugendlichen und Kindern war die Gesellschaft noch nicht offen und bereit.

Im Zuge der Machtübernahme der NSDAP und dem Aufbau des diktatorischen Regimes wurde die Schülerversretung wie alle anderen „unabhängigen“ Organisationen gleichgeschaltet. Als einzige Organisation, in der Jugendliche und Kinder sich „entfalten“ konnten wurde die Hitler Jugend geschaffen. Die Organisation und ihre Aktivitäten waren natürlich staatlich gefördert, kontrolliert und gelenkt. Ziel war es, Jugendliche so früh wie möglich auf den nationalsozialistischen Kurs zu trimmen und ihnen die Ideologie der Partei zu vermitteln.

Nach der deutschen Niederlage nahm die Entwicklung der Schülerversretung genauso wie die deutsche Geschichte einen getrennten Verlauf.

In der DDR wurde die Organisation der Pioniere gegründet, in der fast alle Schüler eingebunden waren. Nichtteilnahme war eher selten und ungern gesehen. Alle Pioniere einer Klasse „wählten“ einen Gruppenratsvorsitzenden, die Kandidaten sind von den Lehrern vorgeschlagen und meistens ohne größere Diskussionen von der Klasse angenommen worden. Die Gruppenratsvorsitzenden einer Schule bildeten dann den „Freundschaftsrat“, eine formale Institution, die mehr mit Organisationsaufgaben betraut wurde. Symptomatisch für den undemokratischen Charakter dieser Organisation war die Tatsache, dass ab der Bezirksebene Vollzeitkräfte, natürlich Erwachsene („ältere Jungpioniere“), angestellt wurden, um sich der Probleme der Schüler anzunehmen und dass keine ständige Beteiligung von Schülern mehr vorhanden war. Denn Ziel der Pionierorganisation war es nicht, den Schülern wirkliche Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben oder selbstständiges Handeln zu

fördern, sondern die Schüler in die kommunistische Gemeinschaft einzubinden, ihnen die Ideen und Vorteile der Partei und der DDR aufzuzeigen.

Schon hier wurde der Gedanke der Belohnung für Dienste an der Gemeinschaft und Republik umgesetzt, Mitglieder des „Freundschaftsrates“ hatten 2 Streifen auf ihren Schulterblatt, Gruppenratsvorsitzende einen Streifen, während gewöhnliche Schüler nur einen hatten.

In der Bundesrepublik nahm die Entwicklung der SV-en eine zu der DDR konträre Entwicklung. Ziel der Alliierten Besatzungsmächte war es, das Demokratieverständnis im deutschen Volk zu verankern und damit ein viertes Reich ausschließen. Man erkannte, dass die demokratische Erziehung schon in der Schule anfangen muss und legte daher großen Wert auf den Aufbau von demokratischen Schülervvertretungen an jeder Schule. Bis in den Sechzigern hinein blieb die Schülervvertretung eher angepasst und konservativ, was durchaus konform mit der Rolle der Jugendlichen und ihrem Verhalten in der Gesellschaft ging. Mit den Unruhen Ende der 60-er und Anfang der 70-er, als die prude Elterngeneration und ihre Untätigkeit während des Zweiten Weltkrieges angeprangert wurde, radikalisierte sich auch die Schülervvertretung. Zahlreiche Ideen vom Sozialismus und alternativen Pädagogikwissenschaftlern wurden aufgenommen und vertreten. Die „Lehrerhilfskompanie“ wurde verurteilt und statt dessen eine demokratische Mitsprache gefordert.

Anfang der 90-er spiegelte sich der Aktionismus und der Glaube an die Demokratie der Menschen aus der ehemaligen DDR auch in den Schülervvertretungen wider. Durch Initiativen wurden zahlreiche demokratische Schülervvertretungen gegründet und die Arbeit in den Schülervvertretungen erlebte Anfang bis Mitte der 90-er ihre Hochphase, obwohl es natürlich Ausnahmen gab.

Heutzutage spiegelt sich die geringe Wahlbeteiligung und das politische Desinteresse in weiten Teilen der Bevölkerung im Schülerrat wider. Der Schülerrat wird ebenfalls mit Problemen wie

mangelndes Interesse innerhalb der Schülerschaft und geringe Beteiligung an Aktivitäten konfrontiert.

5.2. Ursachen der mangelnden Beteiligung

Aber wo sind die Ursachen für diese Erscheinungen zu finden? Warum ist der Großteil der Schülerschaft so desinteressiert und laufen Schülervertretungsgremien immer wieder Gefahr, nicht mehr genügend engagierte Schüler zu finden?

5.2.1. Das fehlende Feindbild

Häufig wird als Beweis für das nachlassende Engagement Jugendlicher der Vergleich mit den Siebzigern gezogen, als Schüler und Studenten auf die Straße gingen, um für die Durchsetzung ihrer Ideale zu demonstrieren. Meines Erachtens sind derartige Vergleiche unangebracht. Denn die Umstände, unter denen die Jugendlichen gelebt haben und heute leben, die Werte der Gesellschaft und schließlich noch die Möglichkeiten und Probleme, mit denen Jugendliche damals und heute konfrontiert werden, sind absolut unterschiedlich und lassen daher keinen vernünftigen Vergleich zu. In den Siebzigern prallten zwei Generationen aufeinander, die sehr unterschiedliche Auffassungen vertraten. Die junge, „wilde“ Generation, stark beeinflusst von sozialistischen Ideen einer gleichen Gesellschaft und gerechten Welt, traf auf eine verkrustete, konservative und prüde Elterngeneration. Aus Protest zu den veralteten Werte- und Moralvorstellungen entwickelte sich die Hippie-Generation, die „love, peace and harmony“ verkündete. Was ich damit ausdrücken will, ist, dass es zu der Zeit genügend Umstände gab, welche von der neuen Generation als anstößig empfunden wurden und die sie auf die Straße und zum Protest trieb. Weitere Faktoren waren der Vietnamkrieg und speziell in Deutschland das Stillschweigen der älteren Generation während der Hitlerdiktatur.

Natürlich existieren Generationenkonflikte auch heutzutage, doch sind die bei weitem nicht so gravierend wie in den Siebzigern. Es gibt kein wirkliches Reizthema, welches die Generationen spaltet, Taschengeld und Ausgangssperre sollen hier mal außer Acht gelassen werden. Die heutige Jugend hat keinen wirklichen Grund zur Revolte, sie kann mit der Grundsituation zufrieden sein und ist es größtenteils auch. Diese Einstellung im Alltagsleben wird natürlich auch in der Schule beibehalten, so dass die Mehrzahl der Schüler eher auf ein freundschaftliches Verhältnis mit „der älteren Generation“ ausgerichtet ist und sie nicht als Feinde betrachtet.

5.2.2. Die Friedseligkeit der menschlichen Natur

Überhaupt liegt es vielmehr in der Natur des Menschen, seine Ruhe zu haben und Konflikten aus dem Wege zu gehen. Wenn wir uns die Geschichte einmal verdeutlichen, werden wir feststellen, dass es erst dann zu Aufständen kam, wenn die persönliche Situation untragbar geworden ist, die Probleme am eigenen Leib zu spüren waren. Auf diese Weise verfahren immer noch viele Schüler, wenn die Probleme nicht allzu akut sind und die persönliche Situation belasten, dann werden sie oftmals heruntergespielt und verharmlost, nach dem Motto „wird schon werden“. Solange der Unterrichtsausfall nicht den erfolgreichen Abschluss wirklich gefährdet, werden die Ausfälle als angenehme Ereignisse betrachtet, solange der Direktor, dessen Handlungen von jedem als diktatorisch eingeschätzt werden, mir keine persönlichen Schwierigkeiten bereitet, brauche ich nicht zu mokieren. Im Gegenteil, ich habe sogar die Erfahrung gemacht, dass diejenigen, die sich gegen die Autorität auflehnen und sich nicht alles gefallen lassen, als Unruhestifter und Querulanten abgestempelt werden. Um den Frieden zu wahren verzichten einige Schüler lieber auf ein Teil ihrer Rechte bzw. die radikale Durchsetzung dieser, anstatt es sich bei irgendjemanden zu „verscherzen“, was womöglich den erfolgreichen Abschluss gefährden könnte. Lehrer oder

Schulleiter werden immer in der stärkeren Rolle gesehen und sind es auch, ein Vorgehen gegen sie könnte einen gefährlichen Bumerangeffekt nach sich ziehen. Mir ist immer noch der Satz einer Mitschülerin im Ohr, die einst sagte: „Man müsste sich gewiss sein, dass es keine Folgen gibt, dann würde ich offen meine Meinung sagen.“ Der Satz zeigt zum einen, dass kritisches Denken in der Schule nicht immer erwünscht ist, und zum anderen die fehlende Courage bei vielen Schülern, sich offen zu äußern und eventuell auch mit den Folgen zu leben. Der Mensch ist ein friedliebendes Geschöpf, das bevorzugt, Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, ganz besonders wenn persönliche Strafen daraus resultieren könnten.

An dieser Stelle möchte ich den Unterschied zwischen sich auflehnen und den Lehrer fertig machen, was durchaus an Schulen vorkommt, klarstellen, denn das zweite ist alles andere als erstrebenswert. Die Mehrheit der Schülervvertretungen fordern einen kritischen Umgang mit Entscheidungen und Verordnungen von Seiten der Autoritäten (Lehrer, Schulleitung, Behörden, Ministerium), keine Umkehrung der Verhältnisse.

5.2.3. Mangelndes Selbstbewusstsein, Selbstverteidigung des Systems

Ein gängiger Satz, den man als Antwort auf die Frage, warum die Schüler sich denn nicht engagieren, erhält, ist „Man erreicht ja sowieso nichts“. Diese Einstellung ist häufig bei den Jugendlichen anzutreffen und ist besorgniserregend. Sie ist ein Zeichen der Resignation und des Desinteresses. Solche Einstellungen sind auf jeden Fall zu verurteilen, wenn nichts versucht und unternommen wird, dann können natürlich auch keine Verbesserungen erwartet werden. Mit dem Satz verbunden ist das Weitergeben der Verantwortung an den Nächsten, ich als Einzelner kann ja nichts erreichen und warum sollte ausgerechnet ich mit irgendetwas anfangen, am Ende macht keiner mit und die ganze Sache geht schief.

Verantwortung weiterzugeben ist natürlich zu einfach und wenn das von jedem betrieben wird, sind die Erfolgsaussichten gleich null.

Nur sind leider wenige Schüler in der Lage, das Heft selber in die Hand zu nehmen und Verantwortung zu tragen. Die Mehrzahl wartet, bis genug mitmachen, damit man in der Masse nicht mehr auffällt und orientieren sich an die anderen, meist vergeblich.

Dieses mangelnde Selbstvertrauen und Vertrauen in die Gesellschaft und Struktur ist ein wichtiger Grund für die mangelnde Teilnahme der Schüler an politischen Aktivitäten. Aber dieser Satz birgt auch Wahrheiten in sich, es ist nämlich sehr schwer, wenn auch nicht gar unmöglich, für einen Schüler etwas zu bewegen, besonders wenn das Vorhaben auf Widerstand der Autoritäten stößt. Von der Bundesregierung wurden die Studentenmeinungen und -proteste in den Siebzigern erfolgreich unterdrückt und man wundert sich heute, warum Jugendliche sich nicht mehr engagieren. Jedem sind die Ergebnisse der damaligen Proteste und Kämpfe bekannt und man hat zumeist eigene Erfahrungen damit gemacht. Den wenigen Erfolgen, die Schüler bisher erzielen konnten, stehen etliche erfolglose Bemühungen gegenüber. Und dies war und ist nicht jedes Mal auf die mangelnde Professionalität der Schüler oder die Unrealisierbarkeit der Ziele zurückzuführen. Oft genug wurden gute Ideen und Versuche seitens der Schülerschaft einfach ignoriert und/oder blockiert. Das System verteidigt sich erfolgreich gegen die junge Generation, überhört sie so oft und fordert auf der anderen Seite mehr Engagement. Schüler sind in vielen Fällen nicht emanzipiert genug, sie werden von Erwachsenen zu häufig als „die Kleinen“ betrachtet und dadurch ihrer Meinung einen recht geringer Stellenwert beigemessen. Ein gleicher Vorschlag, von Schülern, Eltern oder Lehrern vorgetragen, wird in seiner Wirksamkeit und Akzeptanz enorme Unterschiede aufweisen. Dies lässt sich aber nicht nur in der Öffentlichkeit oder Schulkonferenz feststellen, sondern leider auch in der Schülerschaft selber. In der Regel wird dem Lehrer wesentlich aufmerksamer zugehört als dem Klassensprecher. Es ist der Mangel an Selbstbewusstsein, der Schüler sich selber als untergeordnet und

minder befähigt im Vergleich zu älteren Personen sehen lässt. Sie bringen den Glauben an ihre eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten und an die ihrer Vertreter nicht auf. Dass Schülerratsmitglieder zum Teil genauso viel arbeiten wie einige Beamte oder in einigen Fragen nicht minder kompetent sind als Staatssekretäre des Kultusministeriums, ist sicherlich den wenigsten Schülern bewusst und vorstellbar.

Dieses mangelnde Selbstbewusstsein im Auftreten gegenüber Erwachsenen ist sicherlich zum Teil auf die Erziehung zurückzuführen, die den Kindern immer wieder Respekt und das Verbot der Gegenrede gegenüber älteren Menschen eintrichtert. Kinder werden viel zu wenig zum selbstständigen Denken angeregt und gefördert, ihre Meinungen werden häufig unterdrückt, ohne sich argumentativ damit auseinander zu setzen.

Eine Folge des Gefühles, nicht ebenbürtig zu sein, ist das mangelnde Bewusstsein der eigenen Rechte. Neben der Tatsache, dass vielen überhaupt nicht bewusst ist, dass ihnen außer Pflichten auch Rechte zustehen, wird auch dann, wenn die Schüler über ihre Rechte aufgeklärt worden sind, nicht beharrlich darauf gepocht. Man vermeidet die direkte Konfrontation mit der Autorität, die manchmal aber nicht umgehbar ist, wenn etwas durchgesetzt werden soll, was den Schülern zusteht, aber auf Widerstand stößt. Man betrachtet sich selber als dem Lehrer oder Direktor nicht ebenbürtig und lässt sich daher lieber nicht auf ein Diskurs ein, da die anderen über mehr Erfahrung und Wissen verfügen, so dass eine Auseinandersetzung für viele Schüler von vornherein aussichtslos erscheint.

5.2.4. Egoismus, Nutzen-Aufwand-Rechnung

Genauso wie die Friedfertigkeit liegt der Egoismus in der menschlichen Natur. Verschiedene Fernsehtest haben bereits gezeigt, wie sehr es in der Gesellschaft an Zivilcourage mangelt sich für andere einzusetzen, ohne größeres Nachdenken, einfach aus Vernunft

oder Überzeugung heraus. Der Mensch ist größtenteils auf sich selber konzentriert und darum bemüht, das eigene Leben so problemfrei und angenehm wie möglich zu gestalten. Das Wohl anderer steht selten im Mittelpunkt der eigenen Lebensführung und –philosophie. Wenn überhaupt konzentriert sich das Interesse allein auf die uns sehr nahe stehenden Menschen.

Solange es der eigenen Person gut geht, existiert für die meisten nur wenig Anlass, diesen angenehmen Zustand zu verändern. Deshalb ist es eine sehr schwierige Aufgabe, Schüler zu mobilisieren, wenn die Probleme für sie selber nicht am eigenen Leib zu spüren sind. Bei einem Konflikt Schüler-Lehrer ist es die Ausnahme, dass Mitschüler ihren Kameraden unterstützen und es sich dadurch beim Lehrer verscherzen können, wenn es auch noch ein Lehrer ist, mit dem man bis dahin keine persönlichen Probleme hatte.

Leider sind diejenigen, die sich aktiv und ständig für das Wohl der Gemeinschaft einsetzen, in der Minderheit. Aus dem Egoismus resultierend wird automatisch eine Nutzen-Aufwand-Rechnung vor allen Handlungen vollzogen, bei der die Schülervertretung nicht besonders gut abschneidet. Im Gegenzug für die eingebrachte Arbeit erhält der Schülervertreter nur unzureichende Entlohnung und Anerkennung. Die Arbeit wird nur selten von Mitschülern und Lehrern beachtet und honoriert, ein Umstand, der nicht wenige Schülervertreter resignieren lässt. In einer Gesellschaft, die sich am Effektivitäts- und Leistungsprinzip orientiert, erscheint die Mitarbeit in der Schülervertretung nicht besonders verführerisch. Sie ist mit zahlreichen Pflichten und Aufgaben verbunden, oftmals auch mit ernsthaftem Gegenwind und persönliche Konsequenzen, bietet aber durch ihre mangelnde Machtbefugnisse keinerlei Garantie für den Erfolg. Daher ist eine aktive Mitarbeit für den „Durchschnittsschüler“ nur wenig interessant.

5.2.5. Anderweitige Verpflichtungen

Ein wesentlicher Grund für das rückläufige Interesse an den tradierten Organisationen und Vereinen ist das enorme Angebot an Möglichkeiten, welches für den heutigen Schüler bereitsteht. Angefangen bei Trendsportarten über Nebenjobs bis hin zu den Medien. Aus diesem breiten Spektrum sucht sich ein jeder meist nicht mehr als ein oder zwei Aktivitäten heraus, denen er nachgehen möchte. Wenn man in einem Gebiet wirklich gut sein will, dann bleibt recht wenig Zeit für andere Aktivitäten übrig. Im Gegensatz zu den wachsenden Möglichkeiten ist ein Tag immer noch auf 24 Stunden beschränkt. Sehr häufig wird die SV mit dem Problem konfrontiert, dass sehr aussichtsreiche Kandidaten eine Kandidatur aufgrund von Zeitproblemen und anderweitigen Verpflichtungen, die sie nicht für die SV aufgeben wollen oder können, sich gar nicht engagieren oder nur auf Schulebene.

Bereits in der Schule beginnt das Zeitproblem. Aufgrund des Leistungsdruckes und den hohen Wochenstundenzahl ist eine Vielzahl der Schüler allein mit der Schule vollauf beschäftigt und ausgelastet. Es findet sich fast jede Woche mindestens eine Klassenarbeit oder ein Vortrag, welcher einen peniblen und/oder leistungsschwächeren Schüler die gesamte Woche an Vorbereitung und Pauken kosten kann. Wenn man sich sorgfältig und gründlich auf die Schule vorbereiten will, bleibt dem heutigen Schüler aufgrund des Lernens, der Hausaufgaben und der Hausarbeiten kaum noch Zeit für außerschulische Aktivitäten.

Viele Schüler bleiben außerdem am Fernseher und/oder Computer hängen. Die Medien versuchen ständig mit neuen Konzepten und Mitteln mehr Teilnehmer anzulocken, was ihnen auch gelingt.

Die erste Handlung, die vom Schüler oftmals vollzogen wird, wenn dieser nach einem gestressten Schultag nach Hause kommt, ist, Fernseher oder Computer einzuschalten. Durchschnittlich bleibt er

dann mindestens eine halbe Stunde daran hängen, auch wenn nichts Vernünftiges gezeigt wird. Wenn man sich in den Computer oder das Fernsehschauen vertieft, kann bereits diese einzelne Tätigkeit so ausfüllend sein, dass selbst die schulischen Pflichten auf der Strecke bleiben. Das Interesse für das Fernsehen und den Computer ist eine sehr zeitraubende Tätigkeit und in der Regel nicht produktiv für die Gesellschaft. Nimmt aber eine immer dominierendere Rolle im Leben der Schüler ein.

Ein weiterer „Trend“, der sich stark ausbreitet, ist die Berufstätigkeit nach der Schule. Waren Nebenjobs früher vorrangig in den Ferien gefragt, arbeiten heutzutage wesentlich mehr Schüler, besonders in der Oberstufe, während der Schulzeit. Der Umfang ist dabei ganz unterschiedlich, fängt bei gelegentlicher Inventuraushilfe an und endet bei festen Arbeitskontrakten, die sogar die 630-DM-Grenze sprengen. Neben dem Schulstress ist eine solche zusätzliche Belastung von 10-15 Stunden in der Woche schon recht bedrückend.

Das erweiterte Angebot bezieht sich aber nicht allein auf andere Tätigkeiten, sondern auch auf die Anzahl und Auswahl der Organisationen selber. Die Anzahl der freien Organisationen hat in den vergangenen Jahren sprunghaft zugenommen, ganz besonders auf europäische Ebene. Ihre Aktivitäten erstrecken sich über eine deutlich größere Bandbreite und nehmen ein weit größeres Ausmaß an, als Beispiel ist nur die steigende Anzahl der Auslandsworkcamps bzw. größere Entfaltungsmöglichkeiten eines Jugendlichen (Au-Pair, neue Technologien, Trendsportarten) zu nennen.

All diese Aspekte und Möglichkeiten schränken die zeitlichen Kapazitäten und das Interesse der Schüler, sich im Schülerrat zu engagieren, ein. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Mehrheit der Schülervertreter, verstärkt auf höheren Ebenen, ihre Aktivitäten nicht allein auf die Schülervertretung konzentriert. Sie jobben nebenbei, sind sportlich oder künstlerisch aktiv oder engagieren sich in anderen Verbänden. Fast scheint es so, als ob eine Handvoll von „Hyperaktiven“ existiert, die das aufzuarbeiten versuchen, was ihre weniger engagierten Altergenossen liegen lassen.

5.2.6. Desinteresse an politischen Spielregeln

Das allgemeine Desinteresse an dem politischen System und an Aktivitäten wirkt sich auch zu Ungunsten der Schülervertretung aus. Allgemein als „Sandkastenpolitik“ bzw. kleine politische Bühne betrachtet, wird es mit der großen Politik in einem Topf geworfen. Schüler, die sich in der SV engagieren, werden oft von ihren Mitschülern als Karrieristen angesehen, die später mal in die Politik einsteigen wollen. SV-Arbeit ist in zahlreichen Köpfen mit den Attributen steif, unmodern, langweilig, machtlos... verbunden. Weiterhin gilt die Struktur der SV, verbunden mit Wahl, Thesenpapieren und langwierigen Diskussionen als veraltet und realitätsfern. Nur wenige haben daher Interesse, sich diese politischen (demokratischen) Spielregeln anzueignen und nach ihnen zu verfahren. Viele Delegierte, die zum ersten Mal an einer LDK (Landesdelegiertenkonferenz) oder BDK teilnehmen, werden durch die zahlreichen Verfahrensregeln (GO-Antrag, ständige Abstimmungen), das „professionelle“ Auftreten einiger erfahrener Schülervertreter und die Ähnlichkeit mit Bundestagsdebatten (Dauer, Behäbigkeit des Entscheidungsprozesses, gegenseitiges Angreifen...), die sie aus dem Fernsehen kennen und die ihnen so fremd erscheinen, erschreckt. Meistens legt sich die Verwirrung nach einigen Stunden, manche haben aber auch nie wieder Lust, bei einem derartigen Streitgespräch Zeuge zu sein.

Allgemein sinkt das Interesse der Jugendlichen, sich mit diesen für sie veralteten, abgehobenen und zeitraubenden Spielregeln auseinander zu setzen, sei es in der SV oder anderen Verbänden. Sie bevorzugen eher eine einfachere und unkonventionellere Möglichkeit des Engagements und der Vorgehensweise, eine Möglichkeit, bei der keine Energie für lästige Nebeneffekte (Tagungen, Beschlussfindungen) verschwendet wird und wo das Ergebnis greifbar und ersichtlich ist.

Deshalb investieren Jugendliche ihre Energie bevorzugt in lokale Organisationen, Planung von Veranstaltungen vor Ort, bei denen Erfolgsaussichten halbwegs gesichert sind, anstatt in die SV-Arbeit, wo der Erfolg gerade in politischen Fragen sehr ungewiss und der Weg bis dahin starken Widrigkeiten ausgesetzt ist.

5.2.7. Kontinuitätsmangel

Ein riesiges Brocken, welcher der vollen Entfaltung der SV-Arbeit vom Schulsystem in den Weg gelegt wurde, ist die Beschränkung der Schulzeit auf 12 bzw. 13 Jahre. Dadurch verliert die SV zum einen immer wieder ihre Basis, Informationsarbeit muss neu angefangen werden, und zum anderen ihre aktiven Mitstreiter. An den Schulen ist es die Regel, dass Schülersprecher einer höheren Klassenstufe entstammen, da man ihnen mehr Verantwortung und Durchsetzungswillen zutraut. Dies ist aber für die SV in doppelter Hinsicht nachteilig, erstens hören die Schülervertreter nach 1 oder 2 Jahre auf, nachdem sie sich gerade eingearbeitet haben und noch gar nicht richtig loslegen können, da sie sich zumeist mit einer völlig neuen Materie beschäftigen müssen. Zweitens ist ihre Mitarbeit in höheren Gremien sehr erschwert, sie müssen nach Beendigung ihrer Schulzeit aus den Gremien austreten und sich lediglich für ein Jahr wählen zu lassen, ist wenig produktiv. Die SV-Arbeit wird dadurch in eine Zwangslage gebracht, auf der einen Seite will man so professionell wie möglich auftreten, um auch den Behörden gewachsen zu sein, andererseits erreicht der Schüler diese Professionalität im Normalfall erst zum Anfang der Sek.2, wo ihm dann aber kaum noch Zeit bleibt, sich aktiv in die SV-Arbeit einzubringen, auch in Anbetracht der Tatsache, dass sich die Lernintensität mit zunehmender Klassenstufe steigert. So verliert die SV jedes Jahr ihre besten Kräfte, da diese ihren erfolgreichen Schulabschluss in den Händen halten und ihnen eine weitere Mitarbeit gesetzlich erschwert wird(keine Erstattung der Fahrtkosten...).

Dadurch hat die Schülervvertretung große Nachteile gegenüber Organisationen, deren Mitglieder deutlich länger aktiv sein können- Ministerien, GEW, Elternrat. Es muss immer wieder Aufbauarbeit geleistet werden, die viel Kraft und Zeit beansprucht und die inhaltliche Arbeit in den Hintergrund rückt.

5.3. Zusammenfassung und Lösungsvorschläge

Zusammenfassend können wir feststellen, dass eine Menge von Gründen vorhanden sind, die eine erfolgreiche Entfaltung der SV behindern. Wenn ich mir alle Argumente noch einmal durch den Kopf gehen lasse, bin ich eigentlich eher davon überrascht, dass es noch so viele SV-en gibt, die funktionieren.

Gerade in dieser Zeit des allgemeinen Desinteresses an der strukturellen Politik, ist es für den Schülerrat extrem schwierig, mehrere engagierte Schüler zu finden, die sich aktiv und kreativ an der Arbeit beteiligen. In der Regel steht ein engagierter Schüler, der wirklich etwas bewegen will an der Schule ziemlich alleine und verlassen da.

Dieses Phänomenen ist im Vergleich zu den 60-er und 70-er, als das Interesse an der SV-Arbeit wesentlich höher war, erschreckend, aber nicht neu. Denn schon Anfang der 60-er litten die SV-en an einem Mangel an menschlichen Ressourcen. Selbst in der DDR, wo es als Ehre gelten sollte im Pionierverband Funktionär zu sein, mussten die Schüler häufig in das Amt gepresst werden, Freiwillige fanden sich nicht so viele. Die heutige Situation scheint vielmehr dem „Normalzustand“ zu entsprechen.

Es sollte aber auch erwähnt werden, dass das Interesse der Jugendlichen, sich in Vereinen für etwas (Umwelt...) oder jemanden zu engagieren allgemein rückläufig ist. Darüber klagt nicht nur die Schülervvertretung, sondern auch die politischen Jugendverbände, die Pfadfinder oder Amnesty international. Selbst Sportvereine sind von diesem gesellschaftlichen „Trend“ betroffen.

Wie sind aber nun die Probleme zu lösen, wie könnte die SV-Arbeit verbessert werden?

Um dieses Ziel zu erreichen sind alle Beteiligten- Schüler, Lehrer(inkl. Schulleiter), Ministerium, Eltern und Gesellschaft gefordert.

Die Schüler müssen lernen, sich ihrer Rechte bewusst zu werden und sie wirksam zu vertreten.

Damit verbunden ist es erforderlich, dass Schüler ihre Umwelt stets kritisch betrachten, ihre Stimme erheben falls ein Missstand vorliegt und sich aktiv in die Gestaltung des Schullebens einbringen. Die Bedeutung und Möglichkeiten der SV muss dabei von allen wahrgenommen und unterstützt werden. Sie müssen lernen, dass Engagement in der SV praktisch den Schulalltag und das Schulklima verschönern kann, was schließlich ihnen selbst zugute kommt. Die Schülerschaft stellt die Mehrheit in allen Schulen dar, wenn sie solidarisch zusammenhalten würden, anstatt als Einzelkämpfer aufzutreten, werden ihre Forderungen viel mehr Gehör finden, denn auf Dauer kann es sich keiner leisten, 90% der Beteiligten einer Institution gegen sich zu haben. Das Prinzip der Solidarität muss stärker ausgeprägt werden und die Schüler müssen endlich wieder den Mut haben, dafür einzustehen wenn es nötig ist, die eigene Sache zu verteidigen, trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten, anstatt an der ersten Hürde aufzugeben. Es gilt aber nicht nur der Grundsatz der Selbstverteidigung, sondern auch der Grundsatz der aktiven Gestaltung. Den Schülern muss die Tatsache, dass Schule nicht nur ein Ort zum Lernen sondern auch Lebensraum ist, stärker bewusst werden. Einen Lebensraum gilt es dann mit eigener Beteiligung für mich und meine Mitmenschen so angenehm wie möglich zu gestalten. Das funktioniert, indem sich Schüler aktiv in die Organisation und Planung einer Schule einbringen und nicht nur als Statisten dabei fungieren.

Realisierbar ist dieses begrüßenswerte Vorhaben nur, wenn die Initiativen der Schüler auf Verständnis und Unterstützung seitens der

Lehrer treffen. Dabei sollten die Lehrer die Schüler akzeptieren und sich kritisch damit auseinandersetzen, dass die Schüler nicht nur nützliche Hilfskräfte bei der Organisation von Schulfesten sind, sondern auch eine Meinung vertreten, die unter Umständen konträr zu denen der Lehrer sein kann. Schüler müssen als Gleichberechtigte betrachtet werden und nicht als Untertanen, um ein Schulklima zu kreieren, welches von allen Beteiligten als angenehm empfunden wird. Es wäre sogar notwendig und wünschenswert, dass Lehrer ihre Schüler zum kritischen Denken anregen und sie dazu auffordert, sich auch mit gesellschaftlichen Problemen auseinander zusetzen. Besonders bei kleineren Schülern muss der Erziehungsauftrag der Schule viel stärker wahrgenommen werden als es bisher der Fall ist. Das primäre Ziel der Schule ist es immer noch, die Schüler zu mündigen Bürger zu erziehen. Dafür ist es unabdingbar, dass Lehrer kritikfähig sind, sich selbst evaluieren wollen und sich nicht zu fein sind, von den Schülern zu lernen, anstatt ihre eigene Machtposition ständig auszuspielen und krampfhaft zu versuchen, sich keine Blöße zu geben. Es ist für die Schüler aber extrem schwierig, sich gegen den Willen der Lehrer aktiv ins Schulleben einzubringen. Selbst wenn sie ihr Ziel mit aller Kraft durchsetzen können, wäre das Ergebnis keine harmonische Arbeitsatmosphäre, was schließlich niemandem zu gute kommt. (Umgekehrt stimmt der Satz ebenfalls, wenn Lehrer nämlich ohne Rücksicht auf Verluste ihre Position durchsetzen.) Wünschenswert wäre eine Atmosphäre des Miteinanders, wenn nur alle Beteiligte etwas mehr Rücksicht aufeinander nehmen würden, wären zahlreiche Probleme gelöst oder würden gar nicht erst auftreten. Erziehung ist aber nicht nur allein Sache der Schule, sie sollte bereits im Elternhaus beginnen.

Auf die politische Bildung und das Interesse der Schüler an gesellschaftlichen Problemen hat das Elternhaus einen unvermindert großen Einfluss. Grundlegende Werte, die Basis des menschlichen Umgangs, wie zum Beispiel Rücksichtnahme, Solidarität, Toleranz, Demokratieverständnis... sollten dem Kind bereits bewusst sein, bevor sie die Schule betreten, wo das Bewusstsein dafür gestärkt wird. Des

öfteren sollte die aktuelle Politik und das Zeitgeschehen Thema am Abendbrottisch sein. Es ist darauf zu achten, dass die Kinder bei dem Gespräch nicht nur Randerscheinungen sind, sondern auch aufgeklärt und involviert werden. Auch zu Hause muss die Kritikfähigkeit und freie Meinungsbildung der Kinder gefördert werden. Ich will damit nicht dazu auffordern, alle Kinder mit politischen und gesellschaftlichen Problemen voll zu stopfen, die Erziehung des Kindes zu einer Persönlichkeit mit einer eigenen und gefestigten Meinung wird aber noch zu oft nicht realisiert.

Um aus dem Schüler einen politisch interessierten, für sein Recht kämpfender Bürger zu formen, sind einige äußere Einflüsse ebenfalls von Bedeutung. Dies beginnt beim Lehrplan, der sehr auf umfangreiches Wissen und Leistung fixiert ist. Eigentlich ist das nur ein Teil des Lebens. Zur erfolgreichen späteren Lebensgestaltung sind Fähigkeiten wie Kreativität, Kommunikation und Führungsqualität, nur um einige zu nennen, weitaus wichtiger. Während der Schulbildung wird bisher zu wenig Wert darauf gelegt. Der Lehrplan müsste novelliert und aktualisiert werden, das gesamte Bildungskonzept viel stärker auf die individuelle Förderung und Herausbildung einer Persönlichkeit orientiert werden. Dazu ist eine größere staatliche Investition notwendig, Schulen müssen mehr Mittel und eigene Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Wenn der Schüler in der Schule als nicht gleichberechtigt behandelt wird, dann ist das kein Schulphänomen, sondern ein gesellschaftliches, denn auch dort ist seine Stellung nicht viel anders. Jugendliche müssen als ebenbürtig behandelt, ihre Meinungen ge- und nicht überhört werden. Nur so werden Jugendliche aufgemuntert, sich für die Gesellschaft einzusetzen, wenn sie sich als Teil dieser Gesellschaft verstehen und sie als etwas Erhaltenswertes ansehen. Das Engagement für die Gesellschaft muss stärker proklamiert, gefördert und beachtet werden.

5.4. Anmerkungen

Der Lösungsteil ist etwas kürzer geworden als der Problemteil, das liegt nicht daran, dass keine Lösungen vorhanden sind, nur habe ich während des Schreibens gemerkt, dass das Thema uferlos ist und eine genauere Betrachtung der Lösungsmöglichkeiten den Rahmen gesprengt hätte. Allein die Problematik der demokratischen Erziehung würde alleine eine Bell ausfüllen.

Auch für den Problemteil erhebe ich keinen Absolutheitsanspruch, allgemein ist das gesellschaftliche Umfeld, welches angeschnitten wurde, ist für ein Kapitel in einer Bell viel zu umfangreich. Ich habe versucht, es so prägnant wie möglich zu formulieren und mich dabei nur auf den Schülerrat zu konzentrieren, was aber schwierig war.

Abschließend möchte ich noch vermerken, dass ich auch für die aufgestellten Thesen keine vollkommene Richtigkeit beanspruche. Sicherlich gibt es Ausnahmen und die eine oder andere These stimmt nicht mit der Realität einzelner Schulen oder Gebiete überein, es sind aber die Erfahrungen, die ich während meiner Arbeit als Schülervertreter und durch Gespräche mit anderen Schülervertretern aus allen Regionen Deutschlands gesammelt habe. Sie lassen sich auch mit den Bell-Bögen belegen, in denen die absolute Mehrheit der LSV-en eine rückläufige Beteiligung der Schüler konstatiert.

6. Erfolge der Schülervertretungsarbeit

Nach all den ernüchternden Fakten und Problemen im letzten Teil möchte ich in diesem dazu kommen, die positiven Seiten der SV-Arbeit aufzuzählen. Damit endlich den gängigen Spruch „die SV-Arbeit ist langweilig und bringt eh nichts“ mit Gegenspielen zu belegen.

Wie ich aus eigener Erfahrung berichten kann, ist die SV-Arbeit, obwohl manchmal sehr anstrengend, alles andere als langweilig. Wahrscheinlich hat mich keine einzige andere „Freizeitaktivität“ so geprägt und bereichert wie die letzten drei Jahren SV-Arbeit. Die SV-Arbeit hat zahlreiche Erfolge vorzuweisen, manche sichtbar, andere für Außenstehende weniger sichtbar. Die SV ist und bleibt eine wichtige Institution im schulischen Leben.

6.1. Politische Erfolge

Unter politische Erfolge sind alle Aktionen, Kampagnen und Veranstaltungen der SV inbegriffen, die ihr Ziel erreichten oder auf einer anderen Weise außergewöhnlich waren.

Da im Verlaufe der wechsellvollen und spannenden Jahre der SV-Arbeit zahlreiche Erfolge zu verzeichnen sind, möchte ich mich nur auf einige repräsentative beschränken.

6.1.1. Schülerentscheide

Ein erfolgreiches Beispiel, das bereits im Laufe der Arbeit erwähnt wurde, waren die vom LSR Sachsen durchgeführte Schülerentscheide und –umfragen 1993, 1995 und 1999. Sie waren jedes Mal ein wirksames Mittel zur Artikulierung der Schülermeinung. Schülerentscheide und –umfragen der SV-en geben den Schülern die Möglichkeit zu Wort zu kommen und ihre Meinung auszudrücken, nach der sonst viel zu selten gefragt wird und die oft nicht ernst genommen wird. Gemäß dem Motto „gemeinsam sind wir stark“ waren sie jedes Mal ein Erfolg und erregten ein hohes öffentliches Interesse. Der dabei entstandene Medienrummel war jedes Mal bemerkenswert und bestätigte die Bedeutung der Schülermeinung. Außer der Tatsache, dass die Schülerentscheide die repräsentative Meinung der sächsischen Schüler widerspiegelte und somit die Grundlage für die weitere Strategie des LSR bildete, brachten sie auch

das Kultusministerium gehörig in Erklärungsnot, wie z.B. 1996, als die Mehrheit der Schüler das eingeführte Zentralabitur ablehnte oder 1999, als festgestellt wurde, dass 7 Jahre nach der Einführung des Schulgesetzes viele Schulen immer noch keinen Schülerrat haben bzw. ihm die gesetzlich vorgeschriebene Unterstützung versagt wird. Je stärker die Anschuldigungen waren, desto größer war das Interesse seitens der Medien. Die beiden Ereignisse waren jedes Mal Ausgangspunkt einer breiten Debatte um SV-Arbeit und die Bildungspolitik allgemein. Sie fanden nicht nur in den Medien dankbare Abnehmer, sondern auch in den Reihen der Opposition, so nutzten SPD und PDS die Umfrageergebnisse aus, um ihrerseits den Kultusminister und die Regierung zu torpedieren.

6.1.2. Pressemitteilungen

Ein weiterer Beleg für die Bedeutung der Pressemitteilungen des LSR ist der 1995 vom LaVo herausgegebene offene Brief an das Kultusministerium. In dem Brief kritisierte der LaVo die Konfrontationspolitik des Kultusministeriums gegenüber dem LSR, welcher sich in der Nichtgenehmigung mehrerer Projekte und in dem verordneten Büroumzug bemerkbar machte. Auch diesmal fand die Darstellung großes Interesse in der Öffentlichkeit. Der Kultusminister wurde von allen Seiten unter Beschuss genommen und musste sich in einer aktuellen Stunde vor dem Landtag rechtfertigen. Als Folge dieser Aktion wurde der Umzug abgeblasen und die Unterstützung für zukünftige Projekte versprochen.

6.1.3. Seminare und Tagungen

Die vom Schülerrat organisierten Seminare gehören ebenfalls zu den politisch erfolgreichen Projekten. Dabei reichen die Themen vom „Aufbau einer SV“ über Umwelt und Gewalt an Schulen bis hin zur

aktuellen Bildungspolitik. Besonders aktiv bei der Organisation von Seminaren sind die Landesverbände NRW und Hamburg, welche um die 10 Seminare pro Jahr veranstalten und dadurch in diesem Feld so aktiv wie politische Stiftungen oder Verbände sind. Der Umfang und die Dauer der Seminare ist dabei recht unterschiedlich, es fängt bei den eintägigen Seminaren des Kreisschülerrates an, die kaum finanzielle Mittel verschlingen, und endet bei europäische Seminaren, die meistens eine Woche andauern und mindestens 20000 DM beanspruchen. Egal auf welcher Ebene sind von der SV organisierte Seminare immer eine gute Möglichkeit sich auszutauschen, zu informieren und sich frei von jeder Autorität zu artikulieren, wodurch die Schülermeinung unverfälscht zum Ausdruck kommt. Wie hoch die Zahl derjenigen ist, die durch ein solches Seminar zur SV-Arbeit oder Politik, gefunden liegt im Dunkeln, auf jeden Fall waren die Teilnehmer danach immer ein Stückchen schlauer als vorher.

Im Zusammenhang mit der Organisation von Tagungen stehen auch die im jeden Landesverband mindesten zweimal im Jahr stattfindenden Vollversammlungen. Während dieser Versammlungen wird etwas geschafft, was viele der neuen Generation schon nicht mehr zutrauen: ein ganzes Wochenende lang wird sich mit (bildungs-) politischen Problemen und der Situation an den Schulen befasst. Auf diesen Versammlungen wird die Politik und ihre Spielregeln den anwesenden Teilnehmern ein ganzes Stück näher gebracht. Hierbei soll die „Basis“ (Vollversammlung) von der LSV Bayern lobenswert heraus gehoben werden, auf der diesjährigen Veranstaltung werden neben prominenten Gästen (W. Lemke...) etwa 500 teilnehmende Schüler erwartet.

In diesem Kontext möchte ich noch die Tagungen erwähnen, zumeist auf Bundesebene, auf welchen die Teilnehmer bis tief in die Nacht getagt haben, sich über bildungspolitische Themen austauschten, während andere das Wochenende richtig auskosteten. Dass Tagungen auf Bundeseben die Mitternachtsgrenze überschreiten, ist nichts Außergewöhnliches, eine hervorstechendes Ereignis war jedoch der Länderrat in Bielefeld, als die 15 Delegierten am Freitag- und

Samstagabend bis um 4 Uhr in der Frühe tagten, um den Aufgabenberg bewältigen zu können.

6.1.4. Demonstrationen

Dann wären noch die zahlreichen Demonstrationen zu nennen, die von der SV, zum Teil in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, zwecks Erregung des öffentlichen Interesses und Durchsetzung der Ziele durchgeführt wurden. Am spektakulärsten waren der Sternenmarsch am 11.11.00 in Berlin mit etwa 50000 Schülern, Lehrern und Eltern, die Demonstration in Dresden 1999 mit rund 10000 Teilnehmern, der Schulstreik in Hessen 1997, welcher den Großteil der hessischen Schulen einen Tag lang lahm legte oder die 168 Stunden Dauerdemonstration organisiert von der SchülerInnenkammer Hamburg (s. Bell-Bögen), um nur einige zu nennen. Auslöser für den Unmut waren untragbare Zustände an den Schulen- enormer Stundenausfall, Lehrermangel, veraltete Gebäude und Arbeitsmittel bzw. unpopuläre Maßnahmen der Regierung- Sparpolitik, Schulschließungen, Einführung von Kopfnoten/ Zentralabitur...

6.1.5. Einfluss auf bildungspolitische Entscheidungen

Das Vorurteil „SV-en haben eh keine Macht“ wird in ein ganz anderes Licht gerückt, wenn wir uns die Entscheidungen vergegenwärtigen, die bisher maßgeblich von SV-en beeinflusst wurden. Unter anderem konnte die LSV Rheinland-Pfalz durch intensive Stellungnahmen einen starken Einfluss auf die im letzten Jahr verabschiedete Verwaltungsvorschriften nehmen (s. Bell-Bögen), oder die Durchsetzung der Drittelparität in der Schulkonferenz in Schleswig-Holstein und MV. In Bremen konnte die GSV (GesamtschülerInnen Vertretung) Einfluss auf Gesetze und Gesetzesänderungen nehmen und die Schließung von einigen Schulen verhindern. Der LSR Sachsen leistete 1995 einen entscheidenden Impuls zur Wiederbelebung des

Landesbildungsrates, nachdem dieser über ein Jahr lang nicht mehr getagt hatte. Entscheidung und Einflussnahme findet natürlich auch auf Kreis- und Schulebene statt: Errichtung von Raucherecken, Mitsprache bei Schulschließungen und –planungen... Voraussetzung für eine positive Einflussnahme ist dabei nicht immer eine spektakuläre Aktion oder Demonstration, sie finden in der Regel in Gesprächen und Konferenzen statt, welche weniger auffällig sind.

6.1.6. Weitere Beispiele

Andere interessante und erfolgreiche Beispiele der SV-Arbeit in den letzten Jahren waren des weiteren die Notenverbrennung 1998, als sich in Wiesbaden Schüler zusammenfanden und kollektiv und demonstrativ ihre Zeugnisse verbrannten, als Zeichen ihrer Ablehnung dieser Form der Bewertung. Die Ausgabe von Publikationen, etwa das SV-Buch in einigen Ländern (praktische Hilfe für Schülervertreter), bedeutet einen enormen Arbeitsaufwand, dies gilt auch für Positionspapiere innerhalb der SV. Publikationen sind daher ein gutes Beispiel für die Arbeitsfähigkeit von SV-en und ihre gefestigte politische Standpunkte. Ein Beispiel für das weite Feld der Bildungspolitik und damit Aufgabenbereich der SV ist die von Rheinland- Pfalz im letzten Jahr erstellte Richtlinie für den Sexualkundeunterricht.

Eine der erfolgreichsten Aktionen, die auf Bundesebene von der BSV durchgeführt wurden, war die Kampagne gegen die „Abiturdeform“ 1986/87. Damals gelang es der BSV in allen Ländern politische Bündnisse zu initiieren. Daneben konnten die Schüler zu Streiks anlässlich der KMK-Konferenzen in Hamburg und Berlin mobilisiert werden. Weiterhin war der Aufbau von SV-en in den neuen Bundesländer nach der Wende ein Verdienst der BSV.

6.2. Persönliche Erfolge

Neben dem Erreichen von politischen Zielen ist die Mitarbeit in der SV auch sehr fruchtbar für die eigenen Persönlichkeit. Diese Erfolge sind in der Öffentlichkeit weniger offensichtlich aber nicht minder wertvoll und bedeutend. Wenn ehemalige Schülervetreter, die auch in der Landes- oder Bundesorganisation mitgearbeitet haben, also auch Interesse an der Sache hatten und die SV tiefer erforscht haben, nach dem persönlichen Resümee ihrer aktiven Zeit befragt werden, so geben nur die wenigsten eine negative Einschätzung ab, die meisten „möchten die Zeit nicht missen“ und haben sie genossen. (Sebastian Gräfe, ehemaliger Schülervetreter) Nun sind die Aktivisten auf Landes- und Bundesebene sehr interessiert an der SV-Arbeit und nahezu darin vernarrt, dies erklärt aber noch lange nicht die durchweg positive Einschätzung und die Verbundenheit zur SV noch Jahre danach.

In meinen Augen ist der wichtigste Grund dafür die während der SV-Zeit aufgebauten persönlichen Beziehungen und Freundschaften. In der SV finden sich Leute wieder, die größtenteils ein gemeinsames Ziel verfolgen und ähnliche Ideen teilen, sie befinden sich auf einer Wellenlänge, daher ist es nicht weiter verwunderlich, dass innerhalb der Gremien keine reine Arbeitsatmosphäre herrscht, sondern alles sehr locker zugeht und der Großteil sich gut versteht. Schülervetreter stehen mit ihren Meinungen und Vorstellungen in der Schule oft recht alleine dar und ihre Arbeit findet im näheren Umfeld nicht genügend Unterstützung und Aufmerksamkeit. Daher ist es für viele ein erlösendes Gefühl, wenn sie plötzlich gleichgesinnte Menschen finden, die genau so „verrückt“ sind, dieselbe Arbeit verrichten und mit den selben Problemen sich herumschlagen müssen. Positiv ist das zum einen für den Informations- und Erfahrungsaustausch, von dem eine Menge gelernt und zu Hause umgesetzt werden kann, zum anderen stärken sie sich gegenseitig den Rücken bei Aktionen. Da die SV-Arbeit sehr ausfüllend und zeitaufwendig ist, wenn man sie auf

einem professionellen Level betreibt, wird das SV-Büro für viele zum zweiten Lebensort und die dort mithelfenden und tätigen Menschen zum alltäglichen Umfeld und Freundeskreis. Besonders auf Landes- und Bundesebene, wo die Arbeit mit vielen Reisen und Übernachtungen an fremden Orten verbunden ist, wo die Vertreter ein ganzes Wochenende oder mehr zusammen verbringen, lernen sich alle schnell kennen und zu schätzen. Durch die häufigen Tagungen auswärts, die des öfteren ein ganzes Wochenende einnehmen, ist der Schülervorteiler selten zu Hause und dafür mehr für den Schülerrat unterwegs, was zur Folge hat, dass man Schülervorteiler aus anderen Bundesländer wesentlich öfter begegnel als den Freunden zu Hause. Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich das folgende Beispiel nennen: Als ich zwischen März und Juli aufgrund von Seminaren den Präsidenten der italienischen Schülegewerkschaft (UdS) viermal gesehen habe, war das von der Anzahl her mehr war als die Treffen mit einigen Freunden im Chemnitzer Umkreis, wo ich mich wegen der auswärtigen Treffen am Wochenende kaum noch aufgehalten habe. Durch die intensive Zusammenarbeit und das häufige Beieinandersein, welches zu später Stunde nach den anstrengenden Sitzungen noch unheimlich aktiv und ausgelassen ist, entstehen Bindungen und Freundschaften, die auch noch lange nach der aktiven Zeit andauern. So ist es nicht weiter verwunderlich, wenn einzelne Mitglieder selbst Silvester zusammen feiern und sonst auch viel privat miteinander unternehmen, ihren festen Freundeskreis durch die SV-Arbeit gefunden haben.

Während meiner aktiven Zeit habe ich festgestellt, wie sehr sich einige Schülervorteiler, auch ich persönlich, durch ihre Mitarbeit persönlich weiterentwickelt haben. Das Selbstbewusstsein und Redeverhalten ist genauso bereichert worden wie der Umgang mit verschiedensten Menschen. Tatsächlich ist die Möglichkeit gegeben, im Schülerrat Erfahrungen zu sammeln, die ein „normaler“ Schüler nicht macht, die einen aber ein Leben lang nützlich sein können. So zum Beispiel das Wissen über alle Bereiche und Abteilungen der Behörden und Ämter und der notwendige Umgang mit den

Mitarbeitern, welcher oftmals sehr sensibel sein muss, um das erstrebte Ziel zu erreichen. Gleiches gilt für das Gespräch mit dem Direktor oder hohe Funktionsträgern (Ministern...), das nach schüchternen Anfängen allmählich zur Routine wird. Zu den gesellschaftlichen Berührungen zählt auch die Erfahrungen mit der Presse, die keinesfalls immer positiv sind. Zweifelsohne ist dieser häufige Umgang mit Menschen aus allen Schichten und in verschiedenen Funktionen sehr bereichernd und hilfreich.

Nicht minder wertvoll sind die Erfahrungen, die ein Schülervorteiler im Laufe der vielen Sitzungen sammelt: Anträge formulieren, Leiten von Sitzungen/Projekten, Satzungen umgehen und vorteilhaft auslegen, Sitzungsvorschriften und politische Spielregeln etc. Zum Teil ist auf diesen Sitzungen eine Auseinandersetzung mit konträren (politischen) Standpunkten notwendig, welche sich ab und zu befruchtend im Hinblick auf den eigenen Meinungsbildungsprozess auswirkt, da bisher unbekannte Fakten und Wege zum Vorschein kommen.

Ein Schülervorteiler muss sich häufig präsentieren und lernen, seine Position zum Ausdruck zu bringen und diese anschließend zu verteidigen. Dies gilt sowohl für den Auftritt in der Öffentlichkeit oder bei Präsentationen auf Konferenzen als auch für die Kandidatur für einen Posten innerhalb des Schülerrates. Mit der Zeit zieht auch hier die Routine ein und er lernt sicher und selbstbewusst aufzutreten, Menschen zu überzeugen und in kleinen Rahmen zu manipulieren. Durch die auf anspruchsvollem Niveau geführten Diskussionen und das Lesen von behördlichen (formalen) Papieren verändert sich automatisch die eigene Formulierungsweise und Rhetorik, beide passen sich dem „höheren“ Niveau an. Dadurch lernt der Schülervorteiler viel und besser zu schreiben und zu reden, alles gründlich zu bearbeiten, wodurch es ihm schon fast schwer fällt, sich gezielt und kurz zu fassen, wofür diese Bell das Beispiel bildet.

Mit all diesen Attributen ausgestattet, sollte ein Schülervorteiler nach seiner aktiven Zeit bereit sein, die Arbeit auf der großen politische Ebene fortzusetzen. Das Attribut eines „politischen Sprungbrettes“

stimmt aber nur bedingt. Zahlreiche Schülervertreter engagieren sich bereits während ihrer Amtszeit oder nach deren Ablauf in politischen Verbänden. Eine Verbindung Schülervertretung- Politik ist vorhanden, in jedem Landesverband sind ehemalige oder jetzige Mitwirkende heute in der Politik aktiv. Schulpolitik und „richtige“ Politik liegt nicht allzu weit auseinander und das in der SV angeeigneten Wissen ist ebenfalls für andere politische Aktivitäten nützlich. Es existieren zahlreiche Beispiele für jetzige Politiker, die einst in der SV aktiv waren. Zu nennen wäre Benjamin Hoff aus Berlin, heutiger Abgeordneter in Berlin, Andreas Karsten aus Brandenburg, der die SV-Schiene weiter verfolgte und es bis in den Vorstand des „Youth Forum Jeunesse“ brachte und für das europäische Parlament kandidierte. Ein Beispiel aus der unmittelbaren Umgebung wäre Axel Brückom, erster Schülersprecher der Karl-Marx-Oberschule in Chemnitz und heutiger SPD-Unterbezirkvorsitzender. Die Liste ließe sich sicherlich endlos fortsetzen, ich will es aber bei den drei Beispielen belassen. Doch wie gesagt stimmt das Attribut eines „politischen Sprungbrettes“ nur unter Vorbehalt, denn die Mehrzahl der Schülervertreter, die mir bekannt sind, hat sich nach dem Ausscheiden aus der SV nicht weiter in politischen Verbänden engagiert beteiligt, sondern sich eher zurückgezogen. Einige leisten weiterhin ehrenamtliche Arbeit, aber nicht zwangsläufig in irgendwelchen politischen Verbänden oder Interessenvertretungen, andere wiederum sind zwar Parteimitglieder, aber nur wenig aktiv und ambitioniert für höhere Ämter.

7. Zusammenfassung

Nach einem Jahr Arbeit liegt sie nun abgabebereit vor mir, die besondere Lernleistung. Die Erstellung dieser Arbeit in der Freizeit nach der Schule und neben verschiedenen anderen Aktivitäten erwies sich als äußerst anstrengend und zeitaufwendig. Auf der anderen Seite bescherte sie mir viele interessante Stunden und war definitiv eine Bereicherung des Wissenshorizontes. Des Weiteren war es eine großartige persönliche Option, das im Laufe der letzten 3 Jahre gesammelte Wissen niederzuschreiben und damit weiterzuvermitteln. Schnell ist die anfängliche Sorge, wie 15 Seiten zusammenzubekommen seien, der ernüchternden Realität gewichen. Vor dieser Zeit hätte ich niemals gedacht, in der Lage zu sein, ein derart umfangreiches Werk zustande zu bringen.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Chronik des LSR Sachsen zu schenken, da dies fast 10 Jahre nach seiner Gründung die erste vollständige Aufzeichnung der Ereignisse ist. Dabei war es nicht unbedingt leicht, lückenlose Informationen zu erhalten, besonders diejenigen aus den Anfangsjahren der SV in Sachsen.

Leider ist es mir nicht gelungen, restlos alle Aspekte der SV- Arbeit aufzuzeigen. Gerade die europäische Ebene, die sehr faszinierend ist und auf der die strukturellen und inhaltlichen Unterschiede noch weiter auseinander liegen, wurde nur am Rande erwähnt. Ebenfalls ausbaufähig wären die unterschiedlichen Rahmenbedingungen und gesetzlichen Grundlagen für die einzelnen LSV-en sowie die Strategien, eine funktionierende SV aufzubauen. Aber all diese Themen würden alleine ein ganzes Buch füllen und waren daher nicht mehr vollständig einzuarbeiten. Trotz des Fehlens dieser Bereiche glaube ich, der Leser möge entscheiden, dass diese Arbeit allen Interessierten doch einen guten Einblick in die SV-Arbeit auf nationaler Ebene bietet. Weiterhin glaube ich, das Ziel, die SV-Arbeit als etwas wirklich spannendes und interessantes darzustellen, erreicht

zu haben. Womit auch die Vorurteile ihr gegenüber wirksam widerlegt sind.

Ohne Zweifel lässt sich leider eine rückläufige Tendenz des Engagements der Schüler im Schülerrat feststellen. In Anbetracht der Möglichkeiten der SV-en, in politischer wie auch in persönlicher Hinsicht, ist das mehr als bedauernswert. Die SV ist viel mehr als nur Sandkastenpolitik! Obwohl eines der vorrangigen und wichtigen Ziele der SV die Erlernung politischer Spielregeln ist, haben die Beispiele im Erfolgsteil deutlich gemacht, dass die SV, richtig geführt, ein wirksames Instrument zur Verteidigung der Schülermeinungen ist.

Sie haben weiterhin gezeigt, dass die SV-Arbeit, obwohl sehr anstrengend, doch immens sinnvoll, wichtig und unterhaltsam ist und wie professionell SV-Gremien arbeiten können. Leider wird der enorme Arbeitsaufwand der Schülervertreter von der Öffentlichkeit viel zu wenig wahrgenommen, so dass die Arbeit eher im Stillen verrichtet wird. Anerkennung und Lob werden nur selten verteilt. Wie bereits erörtert, ist der Anreiz, sich in der SV zu engagieren, gering. Dennoch finden sich immer wieder engagierte und arbeitswillige Idealisten, welche die SV-en am Leben erhalten. Eine SV ist aber nur dann wirklich machtvoll und kann etwas im Sinne der Schüler verändern, wenn sie von der breiten Masse der Schülerschaft unterstützt wird. Schüler müssen sich stärker ihrer Rechte bewusst werden und für sie kämpfen!

Vielleicht wird der eine oder andere Leser (Schüler) nach dieser Lektüre die Lust verspüren, sich näher mit diesem faszinierenden Thema zu beschäftigen und sich für die Belangen der Schüler einzusetzen. Es wäre auch wünschenswert, wenn einige Personen hierdurch für dieses Thema sensibilisiert wurden und die SV als ein wichtiges und notwendiges Organ anerkennen.

Abschließend möchte ich mich bei meinen beiden Betreuerinnen, den Interviewpartnern und denjenigen, welche die Bell-Bögen ausgefüllt haben, für ihre Unterstützung bei der Erstellung dieser Arbeit bedanken.

8.Literaturverzeichnis

Wiater, Werner: Mitwirken und Mitgestalten. Bad Heilbrunn/Obb.: Klinkhardt, 1980.

Hoff, Benjamin(ehemaliger BSV-Aktivist): „die BSV“. Berlin, 2000.

Protokoll des „Seminars zu Struktur und Selbstverständnis“, Unterhaching, 10.-12.03.2000.

Protokoll der „Wahl zum 1. Gesamt- LandesschülerInnenrat Sachsen“, Dresden, 9.11.1991.

Interview mit Bernd Beber, Präsident des Bundesausschusses
1999/2000

Wie bist du damals zum SR gekommen?

Bereits in der fünften Klasse habe ich als Klassensprecher begonnen, mich für die Interessen der Schülerinnen und Schüler einzusetzen. Für mich stand außer Frage, dass sich Schule nicht von alleine verändert. Ich wollte mein schulisches Umfeld gestalten und Verbesserungen voran bringen, also habe ich mich dafür eingesetzt.

Hast du die Arbeit kontinuierlich fortgesetzt?

Ja, seit dem habe ich im Prinzip ununterbrochen in der SV mitgearbeitet – zunächst auf Klassen- bzw. Schulebene, später auch auf Stadtebene und schließlich auf Landes- und jetzt Bundesebene.

Wie ist für dich das Selbstverständnis der SV? Was sind die Hauptaufgaben?

Die SV – auf welcher Ebene auch immer – sollte Interessen und Forderungen von Schülerinnen und Schüler formulieren und für Veränderungen eintreten. Schülerinnen und Schüler dürfen in der Schule nicht einfach belehrt werden, sondern müssen in der Schule einen Lern- und Lebensraum finden, in dem sie sich zu mündigen, verantwortungsbereiten Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Gerade vor diesem Hintergrund müssen Schülerinnen und Schüler Möglichkeiten der Mitbestimmung finden – und die SV bietet hierfür das Forum. Die SV darf also sicher nicht als Firlefanz, als Medium der Sandkastenpolitik verstanden werden. Die SV muss vielmehr als kompetenter, wenn auch in vielen Fällen natürlich unprofessionell agierender Gesprächspartner verstanden werden. Und die SV muss sich freilich auch selber ihrer Kompetenz bewusst sein: Keiner kann besser, unmittelbare Interessen von SchülerInnen formulieren!

Bleibt die SV angesichts des Desinteresses bei LehrerInnen nicht doch nur im Sandkasten der Politik? Ist wirkliche Demokratie durch die SV möglich? Ist die SV nicht nur Lernort für demokratisches Verhalten?

Eindeutig werden SchülerInnen heute in zu geringem Maße in schulische Entscheidungsprozesse eingebunden. Dass die SV nicht ausreichend ernst genommen wird, liegt meines Erachtens darin begründet, dass Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend ernst genommen werden: An mancher Schule hat man das Gefühl, dass die SchülerInnen als störende Fremdkörper empfunden werden – obwohl doch die Schule für die SchülerInnen da ist, und nicht umgekehrt! SchülerInnen müssen endlich zu Verantwortlichen im Lern- und

Lebensraum Schule gemacht werden, SchülerInnen müssen die Schule als „ihren“ Ort erfahren können, an dem sie wirksam werden können und ihr Handeln nicht spurlos bleibt. Die SV als die Interessenvertretung der SchülerInnen spielt dabei eine wichtige Rolle. SV erfüllt heute oft tatsächlich eine Alibifunktion – ein hin und wieder tagender Schülerrat macht noch keine demokratische Schule, auch wenn das mancher Lehrer gerne so verstanden wissen würde. Eine wirklich demokratische Schule ist eine nachhaltig wirkende, eine ertragreiche Schule, aber eben auch unbequeme Schule, eine Schule in der man sich nicht auf tradierter Autorität ausruhen kann - freilich haben Lehrer kein wirkliches Interesse daran, eine solche Schule zu verwirklichen. Also: Die SV ist Lernort für demokratisches Verhalten, sie muss aber vor allem ein wirkungsvolles Instrument demokratischer Mitbestimmung von Schüler/innen sein.

Prägende Erlebnisse in deiner SV-Zeit?

Von besonderer Bedeutung war für mich mein Engagement für die Ersetzung der Ziffernoten in der 5/6 Klassen meiner Schule durch verbale Beurteilungen. Nach einer zweijährigen, geduldigen, mitunter kräfte- und nervenzehrenden Arbeit haben wir damals das Lehrerkollegium überzeugen können – ein unbeschreiblicher Erfolg für uns damals 16-Jährigen.

Ein weiteres wichtiges Erlebnis war die Veranstaltung einer Demonstration gegen Bildungsabbau, an der damals über 7000 SchülerInnen teilnahmen. Damals – ich war Stadtschulsprecher in Wiesbaden – habe ich gespürt, dass das, womit ich mich beschäftige, tatsächlich SchülerInnen bewegt – ein tolles Gefühl der Bestätigung.

Welchen persönlichen Gewinn hast du aus der SV-Arbeit erhalten?

Vor allem habe ich gelernt, souverän mit anderen Menschen umzugehen. Sich verantwortlich zu fühlen, frei zu reden, selbstbewusst aufzutreten, Kompromisse finden zu können, Menschen und Situationen einschätzen zu können – das alles sind Dinge, die ich in meiner Arbeit in der SV gelernt habe.

Wie sieht Dein Terminplan aus? Wie viel Zeit wendest du für SV auf?

Eigentlich zu viel... Zusätzlich zur Schule – ich bin mittlerweile in der 13. Klasse – und verschiedenen anderen Aktivitäten arbeite ich mehr oder weniger full-time für die SV. Alleine für die BSV wende ich zwischen 20-30 Stunden pro Woche auf – die Aktivitäten und Treffen an den Wochenenden nicht mitgerechnet. Und dann bin ich ja auch noch mit 10 Stunden bei der LSV Hessen als Geschäftsführer angestellt.

Woher nimmst du die Kraft diesen Terminplan durchzustehen?

Es gehört schon viel Disziplin dazu, ein derart hohes Maß an Zeit und Kraft in eine bestimmte Tätigkeit - und hier ist es eben die SV – zu investieren. Vor allem aber erlebe ich die Arbeit in der SV als etwas sinnvolles – ich habe das Gefühl, dass meine Arbeit Früchte trägt, und das gibt Kraft.

Welche Ebene empfindest du am effektivsten?

Ich glaube, dass man auf allen Ebenen effektive SV-Arbeit leisten kann. Die Aufgaben sind sehr unterschiedlich. An der einzelnen Schule sind die Ziele meist sehr konkret und von daher sicher leichter zu verwirklichen. Nichtsdestotrotz bin ich überzeugt, dass auch die LSV, die BSV oder auch die europäische Schülervertretung OBESSU wirkungsvolle, wenn auch nicht so unmittelbar sichtbare Erfolge erringen kann.

Wie stellst du dir die Zukunft der SV/der BSV vor?

Ich glaube, dass SV- en angesichts der zunehmenden Skepsis junger Menschen gegenüber institutionalisierten Formen der Politik neue, weniger formale Wege der Interessenvertretung finden muss. Ich glaube, dass der Trend insgesamt hin zu sehr konkreten Aktionen und weg von großen politischen Diskursen geht – Jugendliche legen lieber einen Schulgarten an als stundenlang über ökologische Entwicklungsmodelle zu diskutieren.

Auf die BSV würde ich diesen Trend nicht so uneingeschränkt übertragen. In der BSV treffen sich in der Tat Jugendliche, die sich als politisch engagiert verstehen und sich auch so verstanden wissen wollen.

Warum ist die Jugend heute nicht mehr so engagiert?

Ich glaube, dass Jugendliche nicht weniger politisch sind als etwa ihre Eltern. Nur: Sie wollen ihr Interesse und Engagement bloß nicht als politisch verstanden wissen. Nach wie vor engagieren sich – nicht alle, aber viele – Jugendliche auf lokaler Ebene, in der Nachbarschaft für eine bessere Lebenswelt. An der „großen“ Politik schwindet in der Tat das Interesse, vor allem, meine ich, weil Jugendliche ihr Handeln hier als wirkungslos erfahren. Politik, das bleibt immer Sache „von denen da oben“ (die dann ihre Sache – wie die Spendenaffäre für viele Jugendliche bestätigt hat - auch noch mehr schlecht als recht machen), Politik ist nicht die Sache der Jugendlichen. Um es mit einem bekannten Slogan auszudrücken: Nicht die Jugend ist politikverdrossen, sondern die Politik ist jugendverdrossen. Im Zusammenhang mit der Wirkungslosigkeit, die Jugendliche ihrem Handeln zuschreiben, spielt auch die Tendenz, immer mehr und wichtige Entscheidungskompetenzen an immer höhere Ebenen (z.B. EU oder auch WTO) zu delegieren, eine wichtige Rolle.

Ist ein Ost-West-Konflikt erkennbar? Wo liegen die Gründe?

Die SV-en im Westen sind aus der links-revolutionären 68er Bewegung heraus entstanden, und heute spielen Motive von damals wie zum Beispiel Chancengleichheit eine wesentliche Rolle. Diese Geschichte haben die SV-en in den östlichen Bundesländern nicht. Oft vertreten sie pragmatischere, um nicht zu sagen: angepasstere Positionen als die westlichen LSV-en. Insbesondere bei Themen wie der Frauenquote oder der Vertretung der Interessen von Jugendlichen in nicht unmittelbar bildungspolitischen Fragen scheiden sich also des öfteren die Geister – meines Erachtens auch gerade zwischen westlichen und östlichen Bundesländern.

Interview mit Sebastian Gräfe, Stephan Schlegel und Jana Lippmann

Sebastian Gräfe: Mitglied des Bundesvorstandes 1991/92,
Gründungsmitglied LSR Sachsen

Stephan Schlegel: Vorsitzender LSR Sachsen 1994/95

Jana Lippmann: Vorsitzende LSR Sachsen 1995

Wie waren die Anfänge der SV-Arbeit in Sachsen?

Sebastian: Die ersten Informationen erhielt ich damals im Leipziger Pionierhaus, diese hatte sich im Angesicht der Veränderungen 1990 bereits neu orientiert und unterstützte demokratische Strukturen. Ich fand damals bei einer Informationsveranstaltung einen Flyer der LSV Hessen vor, habe mir die Adresse aufgeschrieben und mich bei denen gemeldet. Kurz danach wurden mehrere interessierte Schüler aus den neuen Bundesländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, mit nur 4 Teilnehmern, von der LSV Hessen nach Marburg (Oktober 1990) zu einem Seminar eingeladen. Auf dem Seminar wurden Wege und Möglichkeiten eines Aufbaus von Schülervertretungsstrukturen aufgezeigt. Parallel zu diesem Ereignis gründete sich in einigen Städten, wie z.B. Leipzig, Schülervertretungen auf Stadtebene, allerdings nur für EOS-en. Als einziger übriggebliebener sächsischer Teilnehmer des Marburgseminars nahm ich Kontakt zu dieser Organisation auf und brachte sie dazu, auch die POS-en mit einzubeziehen. Die Stadtverwaltung Leipzig unterstützte unsere Arbeit, was am Anfang hilfreich war. Unter der de-Maziere-Regierung gab es wohl auch ein Erlass an die Schulleiter, dass demokratische Mitwirkungsgruppen für Schüler einzurichten und zu fördern sind.

Welche Rolle nahm Sachsen Anfang der 90-er innerhalb der BSV ein, wie kam es zu deiner Wahl in den Bundesvorstand?

Sebastian: Sachsen ist in den Jahren nie offiziell der BSV beigetreten. Vielmehr nahm es eine Beobachterrolle ein. Die LSV Brandenburgs und Sachsen-Anhalts trat dagegen sofort in die BSV ein, nur Thüringen stellte seine Mitarbeit recht rasch wieder ein, nachdem bemerkt wurde, dass die inhaltlichen Ansichten nicht zu vereinbaren sind. Auch ich persönlich sehe den Hauptzweck der BSV im Informationsaustausch zwischen den LSV-en. Es war immer sehr interessant Leute aus anderen Bundesländer und ihre Ansichten kennen zu lernen. Bei meiner Wahl spielte die Spaltung der BSV in einem pragmatischen und einem dogmatischen Flügel eine große Rolle. Die Pragmatiker haben mich gewählt aufgrund der Attribute jung, undogmatisch und aus dem Osten, damit hatte man zu der Zeit sowieso einen Freifahrtschein. Die Jusos unterstützten meine Wahl, da sie eventuell annahmen, dass ich dann demnächst bei ihnen eintreten werde.

Die Richtungskämpfe innerhalb der BSV müssen zu dieser Zeit recht heftig gewesen sein, hat das auch eine gespannte Atmosphäre erzeugt?

Sebastian: Ja, die Kämpfe waren zu meiner Zeit ziemlich ausgeprägt. Es war vor allem Dingen der Konflikt zwischen den Pragmatikern, dazu zählten die LSV-en Sachsen, Bayern, Thüringen und Hessen, die waren total abgestempelt. Thüringen galt unter anderem als Kolonie der hessischen LSV. Auf der anderen Seite standen dann die Dogmatiker, Anhänger von Jusos und Junge Demokraten. Diese Jugendverbände der Parteien unterwanderten und beherrschten damals die BSV. Die Leute hatten zum Teil durch ihre Arbeit in der Partei eine Menge politische Erfahrung, welche auch in der BSV-Arbeit eingesetzt wurde.

Wie kam es dann zu dem Bruch zwischen Sachsen und der BSV? Sachsen war ja lange Zeit einer der hartnäckigsten Querulanten.

Sebastian: Zu einem Bruch kam es dann 1993, als die BSV eine Kampagne für 13 Schuljahre in Angriff nahm und versuchte, alle Bundesländer dafür zu mobilisieren. Sachsen favorisierte aber eine Schulzeit von 12 Jahren, diese Position wurde im besonderen durch den 1.Schülerentscheid bekräftigt, bei der sich die Mehrheit der sächsischen Schüler für eine Schulzeit von 12 Jahren aussprach. Deswegen konnte Sachsen die Aktion der BSV nicht unterstützen, auf der anderen Seite ist man aber vom Bund bedrängt worden.

Stephan: Ich kann mich noch daran erinnern, als wir im September 1993 nach Bielefeld zum Bundesschülerkongress gefahren sind. Die Kongresse fanden regelmäßig statt und Sachsen ist mit einem Bus voller Schüler damals in Bielefeld eingetroffen. Der LaVo hatte jeden Teilnehmer mit einem T-Shirt mit dem Aufdruck „...kann man 40.000 Stimmen überhören? Sachsen pro 12 Jahre“ versorgt und wir haben dort als einzige LSV, die für 12 Jahre war, richtig Wirbel gemacht. Eigentlich konnten wir dort nichts erreichen, aber es hat riesig Spaß gemacht und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Nach dieser Aktion war ich wieder für den LSR zu begeistern, davor habe ich ihn doch eher kritisch betrachtet. (Anmerkung: Woraufhin einige Hamburger mit selbstbemalten T-Shirts mit dem Text „30000 Schüler können nicht irren- Hamburg für 15 Jahre Abitur“ konterten) Der endgültige Bruch vollzog sich erst nach der BDK 1995 in Bremen, als die BSV selber in einer schweren Krise steckte und eine weitere inhaltliche Zusammenarbeit nicht mehr sinnvoll war.

Hat es eine „linke Phase“ im LSR gegeben, eine Phase der reinen Opposition, wie es zum Beispiel unter Markus Stapf später der Fall war?

Stephan: Nein, die hat es nie gegeben. Es gab zwar einen offenen Brief, in dem Kultusminister Rößler kritisiert wurde, aber wir haben es nie darauf angelegt, als reine Opposition gegen das

Kultusministerium zu arbeiten. Vereinzelt waren natürlich auch Leute aus dem linksextremen Spektrum im Landesvorstand, aber das war nie eine Mehrheit oder Grundausrichtung. Genauso gab es aber auch Vorstandsmitglieder, die sich politisch wohl eher der CDU zugerechnet haben

Jana: Das ist alles später mystifiziert worden, unsere Zeit ist friedlich verlaufen, alles halb so wild.

Aber die Beurlaubung von Rene Kindermann und Georg Apitz war schon eine heikle Angelegenheit, oder?

Stephan: Das ist allerdings wahr. Das Ganze fing schon damals unter meiner Amtszeit als

Vorsitzender an. Ich und Lucas Wartenburger, später stieß noch Jana mit dazu, sahen unsere Aufgabe vor allem in der inhaltlichen Arbeit. Rene Kindermann, Silvio Schiller und Melanie Lachmann waren für die organisatorischen Sachen zuständig. Die stammten alle aus der selben Gegend in Ostsachsen und kannten sich ganz gut. Zusammen mit Georg Apitz haben sie eine riesige Aktion unter den Namen „Rumäniens Kinder wollen leben“ initiiert und die sächsischen Schülerkongresse organisiert. Mit der Gründung des Vereins „Freundeskreis des LSR“, in der Silvio Schiller eine entscheidende Rolle spielte, wurde das ganze verstärkt. Der Verein war eigentlich dazu da, dem LSR finanziell zu helfen und Aufgaben, vor allem im organisatorischen Bereich, abzunehmen. Mit der Zeit entwickelte sich die Sache genau anders rum und der Verein versuchte die Arbeit des LSR-es zu beeinflussen. Silvio war damals schon Student, konnte sich aber nicht von der Schülervertretungsarbeit losreißen.

Auf jeden Fall entwickelten sich langsam zwei Fraktionen. Mit meinem Rücktritt und dem von Lucas' auf der LDK im Mai 1995 versuchte ich Rene und Georg mitzuziehen um neuen und engagierten Leuten eine Chance zu geben, denn bis zur Abiturprüfung waren es nur noch wenige Wochen. Es kam aber leider nicht dazu und beide blieben im Amt. Da Georg nach seinem Abitur eine Lehre anfang und Rene als Journalist arbeitete, kam von denen inhaltlich einfach nichts mehr. Sie haben sich lange Zeit nicht mehr auf LaVo-Sitzungen blicken lassen.

Jana: Wir haben dann auf der LaVo-Sitzung im Oktober uns dazu entschlossen, als beide wieder nicht erschienen, sie zu beurlauben. Bei Rene, der die Kasse verwaltete, war ich einfach sauer, dass ich meine Fahrtkosten nicht überwiesen bekommen habe. Die Überweisungen wurden von ihm nur sporadisch und schlampig erledigt. Georg wurde irgendwie mit gefeuert, weil er Renes Freund war. Es ist uns danach auch aufgefallen, dass wir bei ihm keinen richtigen Grund hatten. Wir bereuten auch allgemein diese Beurlaubung, schließlich haben wir sie nur noch zwei Monate weitergemacht und die zwei Monate hätte man auch irgendwie hinkriegen können, aber wir konnten sie einfach nicht mehr zurücknehmen, denn dann hätten die nur noch gegen uns gearbeitet. Rene und Georg kamen dann am Abend noch vorbei und

waren extrem sauer über die Beurlaubung. Sie haben es aber erst mal hingenommen und dann zwei Monate lang nichts von sich hören lassen. Da wussten wir schon Bescheid, dass uns etwas auf der LDK erwarten würde.

Stephan: Deswegen haben wir uns auch gut auf darauf vorbereitet. Womit wir nicht gerechnet haben war, dass die anderen noch besser vorbereitet waren. Sie, Rene, Georg und Melanie haben die Zeit, die wir zur Registrierung der Delegierten benötigten, dazu genutzt, die Delegierten auf ihre Seite zu ziehen, sich unters Volk gemischt und von dort aus immer wieder dazwischen gerufen und Druck ausgeübt. Außerdem erreichten sie, dass das Thema Beurlaubung, welches für den Samstag geplant war, schon am Freitagabend ausdiskutiert wurde. Dadurch hatten sie einen Vorsprung bei den Delegierten, wir wären erst durch die AG-en, die für den Abend geplant waren, mit den Delegierten in Kontakt gekommen und dann wahrscheinlich auch einen Bonus durch unsere Funktion als AG-Leiter gehabt. Wir wurden auch total überrascht, Lucas ist erst am Samstag gekommen, und wir saßen zu zweit da vorne. Es ging dann verdammt heiß her, die Masse war aufgebracht und gegen uns, und wir standen richtig unter Druck. Jana war danach total fertig und entschloss sich, als Vorsitzende zurückzutreten. Die richtige Aussprache erfolgte dann am Samstag und die Stimmung kippte, als ich den Finanzbericht vorlegte, der Renes schlampige Arbeit verdeutlichte und den Delegierten die Beurlaubung einigermaßen verständlich wurde. Es war schade, dass man nach so vielen Jahren Arbeit für den LSR am Ende mit so einem Tritt verabschiedet wurde.

Jana: Ich habe die ganzen Ereignisse von damals verdrängt, bis wir vor kurzem das Gespräch über den LSR geführt haben.(zu Stephan) Nach meinem Rücktritt habe ich auch drei Tage lang geheult. Aber es war besser so auszuscheiden, ansonsten wäre ich wahrscheinlich nie davon losgekommen. Mein ganzer Freundeskreis hing ja irgendwie mit der SV-Arbeit zusammen, ich kannte in Freiberg ein paar Leute, aber größtenteils war ich mit den LaVo-Mitgliedern zusammen. Wir haben damals zusammen sogar Silvester und Geburtstage zusammen gefeiert. Nur den 24.12. hatten wir nicht zusammen verbracht.

Auf der LDK wurden wir noch mit der Aufgabe betraut, den 2. sächsischen Schülerentscheid, der sich mit den Fragen Zentralabitur, Kurssystem und Integration von Behinderten beschäftigte, auszuwerten. Ich werde nie den Tag vergessen, als wir kaum noch ins Büro gekommen sind, da alles mit Postsäcken zugestellt war, soviel Antworten haben wir bekommen. Wir haben dann angefangen die Stimmen auszuzählen, sind aber irgendwann erschöpft auf den Briefen eingeschlafen, da es einfach zu viel war. Es war wirklich das schönste Erlebnis meiner Zeit im LaVo.

War nicht noch die „Presseschlacht“ mit dem Kultusministerium eine sehr erfolgreiche und aufsehenderregende Aktion?

Jana: Das Kultus hatte damals beschlossen, unser Büro umzusiedeln, ohne uns davon in Kenntnis zu setzen. Ein neues Büro wäre nicht schlecht gewesen, aber wie die Sache durchgeführt worden ist war nicht akzeptabel. Daraufhin haben wir einen Pressebericht verfasst mit dem Inhalt, dass das Kultusministerium uns nicht ernst nimmt und nur verarscht. Die Presse ist sofort darauf angesprungen und die Resonanz war riesig. Auf unserer Pressekonferenz waren dann auch um die 20 verschiedenen Zeitungen und Radiosender anwesend, die wären sicherlich auch zu jeder nächsten Aktion gekommen, die der LSR gestartet hätte, so groß war das Interesse. Der Höhepunkt war dann, als es im Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion eine aktuelle Stunde zum LSR im Landtag abgehalten wurde, bei der sich Herr Rößler sehr positiv zum LSR äußerte.

Hatte diese Pressekonferenz keine weitreichenden Folgen für eures Verhältnis mit dem Kultus?

Jana: Das hatte nicht allzu verheerende Auswirkungen, nach 2 Wochen hat sich alles eingependelt. Herr Rößler war danach dem LSR sogar wesentlich freundlicher gesinnt, ich glaube das hat sich ja bis heute erhalten. Er hat mich auch in dieses renommierte Restaurant im Landtag zum Essen eingeladen. Nachdem Herr Rößler 3 Gläser Wein intus hatte ist das Ganze auch sehr nett und angenehm geworden, er hat mir sogar Sachen aus seinem Privatleben anvertraut.

In die richtige Politik ist dann aber so gut wie keiner eingestiegen?
Nicht mal in die Studentenvertretung?

Sebastian: Nein, eigentlich niemand weiter. Silvio Schiller ist zwar bei der CDU, verfügt aber über kein Mandat. Ich persönlich bin bei den Grünen eingetreten und da noch einige Jahre richtig aktiv gewesen.

Jana: Einige haben sich in Fachschaftsräte wählen lassen, z.B. Melanie Lachmann, aber größtenteils hat man sich danach zurückgezogen. Dabei haben wir damals alle von einer großen politischen Karriere geträumt und uns gedacht, dass die Fraktionen bald anklopfen würden.

Stephan: Ich bin nach meiner Zeit als Schülervertreter bei den Grünen eingetreten und habe in Leipzig für den Stadtrat kandidiert. In den Diskussionen um den Kosovo-Krieg habe ich gemerkt, dass die Partei sich in der Regierung einfach zu sehr verändert hat. Das was in ihrem Programm stand, was sie sagte, war nicht das, was sie letztlich politisch tat. Solche faulen Kompromisse wollte ich nie schließen. Man muss zu seiner - vielleicht - geänderten Überzeugung stehen und deutlich sagen, was man will, auch wenn es weh tut. Da bin ich im November '99 ausgetreten.

Kannst du dir auch vorstellen wieder ein politisches Amt zu führen, wie etwa MdL, Sebastian?

Sebastian: Irgendwann vielleicht, aber jetzt noch nicht.

Wie bewertest du die SV-Arbeit jetzt im nachhinein?

Sebastian: Ich halte die SV-Arbeit nach wie vor für eine sehr wichtige Sache. Sie dient vielen zur politischen Erfahrungssammlung und ist daher äußerst nützlich. Durch die Arbeit auf Bundesebene habe ich eine ganz andere Entwicklung genommen wie meine Klassenkameraden. Zwar hatte ich Freunde in Berlin und Frankfurt, in die Moritzbastei zum Beispiel bin ich aber erst in der elften Klasse gegangen, als die Klassenkameraden schon zig mal dort waren. Auf jeden Fall möchte ich die Zeit nicht missen.

Jana: So, 6 Stunden über den LSR sind glaube ich genug.